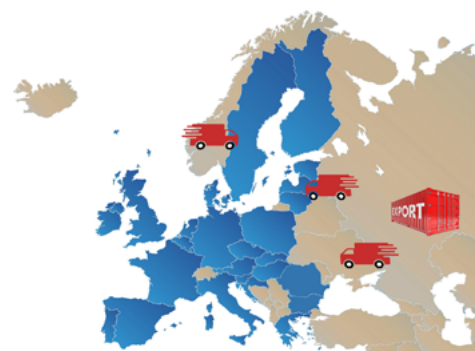




	INHALT	CONTENT	SOMMAIRE
	SPECIAL		
3	Brexit und Normung: eine Einschätzung des BSI		
6	EU-Importe: Notifizierung und Konformitätsbewertung in Drittstaaten		
	THEMEN		
9	Biologisch wirksame Beleuchtung: Arnsberger Roadmap setzt Meilensteine		
12	Human Centric Lighting – Beleuchtung heute, morgen, übermorgen		
15	Normung und betrieblicher Arbeitsschutz: Spielregeln neu gefasst		
18	DGUV Branchenregeln: Arbeitsschutz auf einen Blick		
	KURZ NOTIERT		
21	CEN-Fokusgruppe Gesundheitsdienstleistungen		
21	ISO 45001: Stand der Dinge		
21	Integration der ISO 26000 in Managementsysteme		
21	EU-Splitter		
	SPECIAL		
4	Brexit and standards: a view from BSI		
7	Importing products into the EU: notification and conformity assessment		
	THEMES		
10	Biologically effective illumination: the Arnsberg Roadmap sets milestones		
13	Human-centric lighting: lighting for today, tomorrow and beyond		
16	Standardization and the safety and health of workers at work: rewriting the rules of the game		
19	DGUV Sectoral Rules: occupational safety and health at users' fingertips		
	IN BRIEF		
22	CEN Healthcare Services Focus Group		
22	ISO 45001: state of play		
22	Integration of ISO 26000 into management systems		
22	EU news flash		
	SPECIAL		
5	Brexit et normalisation : ce qu'en pense le BSI		
8	Importer des produits dans l'UE : notification et évaluation de la conformité dans les pays tiers		
	THEMES		
11	Éclairage à effet biologique – une feuille de route pose des jalons		
14	Human Centric Lighting – L'éclairage aujourd'hui, demain, après-demain		
17	Normalisation et prévention en entreprise : les règles du jeu réécrites		
20	Les règles sectorielles de la DGUV : la SST en un coup d'œil		
	EN BREF		
23	Groupe de réflexion du CEN sur les services de santé		
23	Le point sur l'ISO 45001		
23	Intégration de l'ISO 26000 dans les systèmes de management		
23	Brèves de l'UE		
24	TERMINE / EVENTS / AGENDA		



SPECIAL

EU und Drittländer

In der EU ist die Produktsicherheit in einem System aus Richtlinien, Normen und vorgeschriebenen Prüfungen verbindlich geregelt. Der Handel endet jedoch nicht an den EU-Grenzen – funktionierende Schnittstellen zwischen drinnen und draußen sind notwendig. Wie Prüfung und Zertifizierung für Hersteller außerhalb der EU abläuft und wie die britische Normung ihre Rolle nach dem Brexit sieht, lesen Sie im Special.

The EU and third countries

In the EU, product safety is subject to binding regulation by a system of directives, standards and mandatory tests. Trade does not however end at the EU's external borders. Functioning interfaces are therefore needed between the internal and external markets. Read in this edition's Special section how product testing and certification is performed for manufacturers outside the EU, and also how the British standardization community sees its role post-Brexit.

UE et pays tiers

Dans l'UE, la sécurité des produits est réglementée de manière contraignante par un système composé de directives, de normes et d'essais obligatoires. Or, le commerce ne s'arrêtant pas aux frontières de l'UE, on a besoin d'interfaces opérationnelles entre l'intérieur et l'extérieur. Découvrez dans notre dossier comment s'effectuent les essais et la certification pour les fabricants à l'extérieur de l'UE, et quelle vision la normalisation britannique a de son rôle après le Brexit.



Heinz Fritsche
Vorsitzender der KAN
Industriegewerkschaft Metall

Eine weitreichende Entscheidung

Europa steht vor großen Herausforderungen. Die soziale Ungleichheit hat sich verschärft, das Vertrauen der Menschen in die europäischen Institutionen ist geschwächt. Populistische Bewegungen profitieren von der zunehmenden Unzufriedenheit der Menschen. Bedauerlicherweise wird mit Großbritannien zum ersten Mal in der Geschichte der EU eines der wirtschaftlich wichtigsten Mitglieder ausscheiden. Grundsätzlich gilt: Bis zum tatsächlichen Vollzug des Austritts aus der EU finden die rechtlichen Grundlagen weiterhin uneingeschränkt Anwendung. An bestehenden Gremien, deren Zuständigkeiten und Kompetenzen sowie deren Zusammensetzung ändert sich vorerst nichts.

Wie es in Zukunft weitergehen wird, wird sich erst nach Abschluss eines voraussichtlich mehrjährigen Verhandlungsprozesses zwischen Großbritannien und der EU zeigen. Ob es der zukünftigen britischen Regierung dabei gelingen wird, im Rahmen der Austrittsverhandlung einen Standard vergleichbar mit Assoziierungsstaaten wie Norwegen, der Schweiz oder Island zu vereinbaren, erscheint fraglich.

A far-reaching decision

Europe is facing major challenges. Social inequality has become more acute, and people's confidence in the institutions of the European Union has deteriorated. Populist movements are benefiting from the public's growing dissatisfaction. Sadly, with the departure of the United Kingdom, the EU is set to lose an economically important member for the first time in its history. Until the United Kingdom actually leaves the EU, the applicable legislation remains in full. As yet, nothing has changed with regard to the relevant bodies and their responsibilities, competencies and composition.

How things will develop in the future will be clear only at the end of negotiations between the United Kingdom and the EU. This process is expected to take many years. It appears unlikely that a future British government will succeed in negotiating an associate status comparable to that of countries such as Norway, Switzerland or Iceland.

Heinz Fritsche
Chairman of KAN
German metalworkers' union (IG Metall)

Un choix lourd de conséquences

L'Europe est confrontée à de grands défis. Les inégalités sociales se sont accentuées, la confiance vis-à-vis des institutions européennes a diminué. Des courants populistes surfent sur la vague du mécontentement croissant des populations. Pour la première fois dans l'histoire de l'UE, l'un de ses membres les plus importants économiquement a malheureusement décidé de la quitter. Le principe est que, jusqu'à la finalisation de la sortie de l'UE, les bases juridiques resteront valables sans aucune restriction. Pour l'instant, les organismes existants, leurs responsabilités, leurs compétences et leur composition restent inchangés.

Ce n'est qu'à la fin des négociations entre la Grande-Bretagne et l'UE, processus qui devrait prendre plusieurs années, que l'on saura comment les choses vont évoluer. Il semble douteux que, lors des négociations de sortie, le futur gouvernement britannique parvienne à conclure un accord semblable à celui qui existe avec des États associés à l'UE, comme la Norvège, la Suisse ou l'Islande.

Heinz Fritsche
Président de la KAN
Syndicat allemand de la métallurgie (IG Metall)

Brexit und Normung: eine Einschätzung des britischen Normungsinstituts BSI

Am 23. Juni vergangenen Jahres hielt das Vereinigte Königreich ein Referendum über den Verbleib in der EU ab. Eine knappe, aber dennoch eindeutige Mehrheit sprach sich für den Brexit aus. Dieser wird die Beziehungen zu Europa und darüber hinaus verändern, führt jedoch nicht zwangsläufig in die Isolation. Die interessierten Kreise innerhalb des BSI wollen im unabhängigen Europäischen Normungssystem auch künftig eng mit ihren europäischen Partnern zusammenarbeiten.

Die britische Regierung hat angekündigt, im März 2017 den Artikel 50 der Europäischen Verträge auszulösen. Sobald die Brexit-Verhandlungsphase beginnt, müssen das Vereinigte Königreich und die EU eine Vielzahl von Fragen klären. Die britische Regierung arbeitet seit längerem intensiv an den nötigen Vorbereitungen. Sie hat zwei neue Ministerien geschaffen¹, einen umfassenden Bericht über das Verhältnis Großbritanniens zur EU vorgelegt und Gespräche mit verschiedensten Kreisen geführt, um die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft zum Brexit zu ergründen.

Dabei wurde auch der Bereich der britischen Normen und deren Zusammenspiel mit europäischen und internationalen Normen betrachtet. Im Grunde sind Normen ein wirtschaftliches Instrument, das den nationalen und internationalen Handel ermöglicht. Ein kleiner, aber nicht unbedeutender Teil der europäischen Normen (fast 20 %) hilft überdies Unternehmen, die Einhaltung von Rechtsvorschriften nachzuweisen. Gerade das Zusammenspiel von technischer Regelsetzung und Normung ist für den Brexit ein wichtiger Aspekt. Mit dem Neuen Konzept wurde ein ausgeklügeltes System von Regelsetzung und europäischer Normung eingeführt, in dem harmonisierte Normen für Hersteller das einfachste Mittel zur Erfüllung rechtlicher Vorschriften sind.

Bedeutet der Brexit auch den Ausstieg aus der europäischen Normung? Das BSI ist im europäischen Normungssystem sehr engagiert: Es führt das Sekretariat von mehr als 80 Technischen Komitees bei CEN und CENELEC, und in über 500 Komitees und Arbeitsgruppen haben britische Fachleute den Vorsitz. Schon seit der Ankündigung des Referendums beschäftigen wir uns mit den möglichen Auswirkungen des Brexits und stehen im engen Kontakt mit der britischen Regierung, um für alle, die Normen erarbeiten oder nutzen, das bestmögliche Ergebnis zu erreichen – auch für die übrigen Mitglieder der europäischen Normungsorganisationen. Unsere Antwort auf die Frage nach einem möglichen Ausstieg aus dem europäischen Normungssystem ist ein klares und deutliches ‚Nein!‘ Unser Anspruch ist, dass das BSI auch nach dem Brexit vollwertiges Mitglied von CEN, CENELEC und ETSI bleibt – und wir sind zuversichtlich, dass wir dies auch erreichen können.

Warum wir das glauben? Das europäische Normungssystem ist grundverschieden und un-

abhängig vom Gesetzgebungssystem der EU. Die europäischen Normungsorganisationen sind keine EU-Einrichtungen und haben mit 34 Ländern auch mehr Mitglieder². Sie sind unabhängige und rein privatrechtliche Organisationen. Diese Unabhängigkeit ist ein entscheidender Grundsatz der europäischen Normung, der nach Ansicht des BSI weder durch den Brexit noch durch andere künftige Entwicklungen in Frage gestellt werden darf.

Das BSI steht weiterhin voll zum europäischen Normungssystem, zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern und insbesondere zum Modell ‚Ein Merkmal – eine Norm‘: der unveränderten nationalen Übernahme aller europäischen Normen und Zurückziehung entgegenstehender Normen. Es gibt somit in allen 34 Ländern für jedes Merkmal eines Produkts oder einer Dienstleistung, für das eine Musterlösung benötigt wird, nur eine einzige Norm.

Wir haben die Wirtschaft, Verbraucher und andere interessierte Kreise gefragt, ob sie die Vollmitgliedschaft in den europäischen Normungsorganisationen weiterhin für notwendig erachten. Sie waren sich fast ausnahmslos und quer über alle Branchen hinweg einig, dass dies unabdingbar ist. Die britische Wirtschaft möchte nicht vom restlichen Europa isoliert werden. Die Unternehmen möchten nicht zurück zu unterschiedlichen Produktionsstraßen für unterschiedliche Länder, und sie halten es sowohl heute als auch für die Zukunft für enorm wertvoll, mit Fachleuten aus ganz Europa zusammenzuarbeiten, um gemeinsam anerkannte Regeln zu normen, die den gegenseitigen Marktzugang erst möglich machen. Das BSI wird dies immer wieder betonen, wenn nun der Verhandlungsprozess beginnt. Wir werden eng mit der britischen Regierung, den CEN- und CENELEC-Mitgliedern und anderen Partnern zusammenarbeiten, um den Nutzen von Normen für den Handel in Europa und die Unterschiede zur Gesetzgebung darzulegen und dafür zu sorgen, dass sich das Vereinigte Königreich weiter zum Modell ‚Ein Merkmal – eine Norm‘ bekennt³.

Richard Collin

*Leiter Europäische und nationale Normungspolitik
British Standards Institution
europeanpolicy@bsigroup.com*



¹ Ministerium für den Austritt aus der Europäischen Union
www.gov.uk/government/organisations/department-for-exiting-the-european-union

Ministerium für internationalen Handel
www.gov.uk/government/organisations/department-for-international-trade

² Die nationalen Normungsinstitute der 28 EU-Mitgliedstaaten plus die EFTA-Staaten Norwegen, Island und Schweiz sowie die Türkei, Mazedonien und Serbien.

³ Weitere Informationen zu BSI und Brexit: www.bsigroup.com/en-GB/about-bsi/media-centre/BSI-and-Brexit

Brexit and standards: a view from BSI

On 23 June last year the UK held a referendum to decide whether it wished to remain in the European Union. The result was to leave – by a small but clear majority. Brexit will see the UK's relationship with Europe, and the wider world, change. However, this does not mean isolation and in the independent European standards system BSI's stakeholders are committed to continue to work directly with European partners.



The UK Government has stated that it will invoke Article 50 of the EU Treaties in March this year. Once the Brexit negotiation phase commences, the UK and the EU will need to consider an enormous range of issues. The UK Government has been working hard to make the necessary preparations. It has created two new Government departments¹, delivered a comprehensive review of the relationship between the UK and the EU, and has held conversations with a wide range of stakeholders to understand the needs of UK business and society regarding Brexit.

The area of British standards, and their relationship with European and international standards, is one that has been considered. Essentially, standards are a business tool that enables trade nationally and internationally. As part of this function, a large minority of European standards (approaching 20%) assist companies to demonstrate legal compliance. Technical regulation and standards, and their interaction especially, is an important area for Brexit. The New Approach to technical harmonization involves a detailed and sophisticated relationship between regulators and European standards makers, especially in the development of harmonized standards as the most straightforward means of compliance for manufacturers.

Does Brexit mean withdrawal from the European standards system? BSI (British Standards Institution), the UK's National Standards Body, plays a full and active role in the European standards system, holding over 80 CEN and CENELEC technical committee secretariats, and UK experts provide over 500 committee chairs and working group convenors. Since the referendum was announced, we have been investigating the potential impacts of Brexit and working closely with the UK Government to ensure the best result for UK standards developers and users; also for the broader membership of the European Standards Organizations. Our response to this question about withdrawing from the system of European standards post-Brexit is an emphatic 'no'. BSI's ambition, one which we are confident we can achieve, is to stay a full member of CEN, CENELEC and ETSI post-Brexit.

Why do we believe we can achieve this? The European standards system is completely different to and separate from the EU's regulatory system. The European Standards Organizations are not agencies of the EU and their member-

ship is broader, with 34 countries². They are independent, and entirely private organizations. Independence is a critical principle of European standardization and BSI considers it essential that it is not compromised by Brexit, or, indeed, by any other developments in the future.

BSI remains fully committed to the European standards system, to working with our European partners, and in particular to the 'single standard model': the identical adoption of national standards of all European standards and the withdrawal of conflicting standards, leading to one standard across the 34 countries for each aspect of a product or service where industry best practice is needed.

We have been consulting UK stakeholders: business and industry, consumers and others. We have asked them whether they see a need to remain full members of the European Standards Organizations and they have, nearly without exception and across a range of sectors, agreed that this is critically important. UK business does not want to be isolated from the rest of Europe: they do not want to go back to having separate production lines for different countries, and they see great value, both now and going forward, in working with standards makers from across Europe to develop together the best practice standards that enable reciprocal market access today. BSI will continue to stress this as the UK-EU negotiation process gets underway, and to work closely with UK Government, with the CEN and CENELEC members, and with other partners to explain the benefits of standards for European trade and how they are distinct from regulation, and to maintain UK commitment to the single standard model³.

Richard Collin
 Head of European and National Policy
 British Standards Institution
 europeanpolicy@bsigroup.com

¹ Department for exiting the European Union

www.gov.uk/government/organisations/department-for-exiting-the-european-union

Department for international trade
www.gov.uk/government/organisations/department-for-international-trade

² The National Standards Bodies of the 28 EU Member States, plus the EFTA countries Norway, Iceland and Switzerland, and Turkey, the Former Yugoslav Republic of Macedonia and Serbia.

³ For more information on BSI and Brexit see www.bsigroup.com/en-GB/about-bsi/media-centre/BSI-and-Brexit

Brexit et normalisation : ce qu'en pense le BSI

Le 23 juin de l'année dernière, le Royaume-Uni a tenu un référendum sur son maintien dans l'UE. Une majorité – faible mais nette – s'est prononcée en faveur de la sortie. Le Brexit, qui va modifier les relations du pays avec l'Europe et bien au-delà, ne signifie pas nécessairement l'isolation. Les cercles intéressés au sein du BSI – l'organisation britannique de normalisation – souhaitent continuer à travailler étroitement avec leurs partenaires européens dans le système de normalisation indépendant européen.

Le gouvernement britannique a annoncé qu'il déclencherait l'article 50 des traités européens en mars 2017. Dès que sera amorcée la phase de négociations, l'UE et le Royaume-Uni auront une multitude de questions à régler. Préparant déjà intensément ce processus, le gouvernement britannique a créé deux nouveaux ministères¹, a présenté un rapport détaillé sur les relations avec l'UE, et a consulté une quantité de parties prenantes pour cerner les attentes des acteurs économiques et de la société face au Brexit.

L'un des enjeux examinés a été la normalisation britannique et son interaction avec la normalisation européenne et internationale. Les normes sont essentiellement un instrument économique permettant de pratiquer le commerce à l'échelle nationale et internationale. Une partie – faible mais significative – (près de 20 %) des normes européennes aide en outre les entreprises à justifier de leur conformité légale. Les réglementations techniques et les normes – et surtout leur interaction – représentent un enjeu important pour le Brexit. La Nouvelle Approche a instauré un système très élaboré de relations entre législation et normalisation européenne, système au sein duquel les normes harmonisées sont, pour le fabricant, le moyen le plus simple d'être en conformité avec la législation.

Le Brexit va-t-il signifier la sortie du système européen de normalisation ? Le BSI s'implique activement dans ce système : il dirige le secrétariat de plus de 80 Comités techniques du CEN et du CENELEC, et des experts britanniques assurent la présidence de plus de 500 comités et groupes de travail. Depuis l'annonce du référendum, nous étudions l'impact possible du Brexit, en contact étroit avec le gouvernement britannique, le but étant d'obtenir le meilleur résultat possible pour tous les concepteurs et utilisateurs des normes, mais aussi pour les autres membres des institutions européennes de normalisation. Notre réponse à la question d'une sortie éventuelle du système européen de normalisation est un 'non' catégorique ! Notre souhait le plus profond est que, même après le Brexit, le BSI reste membre à part entière du CEN, du CENELEC et de l'ETSI, et nous sommes convaincus que nous y parviendrons !

Pourquoi sommes-nous aussi confiants ? Le système européen de normalisation est totalement différent et indépendant du système législatif de l'UE. Les organisations de normalisation

européennes ne sont pas des institutions de l'UE, et elles comptent d'ailleurs davantage de pays membres (34)². Il s'agit d'organisations de droit privé, totalement indépendantes. Principe essentiel de la normalisation européenne, cette indépendance ne doit absolument pas, de l'avis du BSI, être remise en question, que ce soit par le Brexit ou par tout autre futur développement.

Le BSI continue à adhérer pleinement au système de normalisation européen, à la coopération avec nos partenaires européens, et en particulier au « modèle de la norme unique » : l'adoption à l'identique des normes européennes sous forme de normes nationales, et le retrait des normes en contradiction. Il n'existe de ce fait qu'une seule norme valable dans les 34 pays pour chaque caractéristique d'un produit ou d'un service pour lequel on a besoin d'une solution modèle.

Nous avons demandé aux acteurs économiques, aux consommateurs et à d'autres cercles concernés si, à leur avis, nous devons rester membres à part entière des organisations européennes de normalisation. Ils ont répondu, quasiment à l'unanimité et toutes branches confondues, que c'était indispensable. L'économie britannique ne veut pas être isolée du reste de l'Europe. Elle ne veut pas revenir à l'époque où il fallait des lignes de production différentes pour les différents pays, et elle estime qu'il est éminemment précieux – aujourd'hui comme demain – de pouvoir travailler avec des experts de toute l'Europe pour élaborer ensemble des normes sur les bonnes pratiques, qui permettent aujourd'hui un accès mutuel aux marchés. Le BSI ne cessera d'insister sur ce point lorsque seront menées les négociations avec l'UE. Nous comptons travailler étroitement avec le gouvernement britannique, avec les membres du CEN et du CENELEC et avec nos autres partenaires pour expliquer les avantages des normes pour le commerce en Europe, et comment elles se distinguent de la législation, et pour faire en sorte que le Royaume-Uni continue à adhérer au « modèle de la norme unique »³.

Richard Collin

*Directeur du service de politique européenne et nationale de normalisation
British Standards Institution
europeanpolicy@bsigroup.com*



¹ Ministère de la Sortie de l'Union européenne
www.gov.uk/government/organisations/department-for-exiting-the-european-union

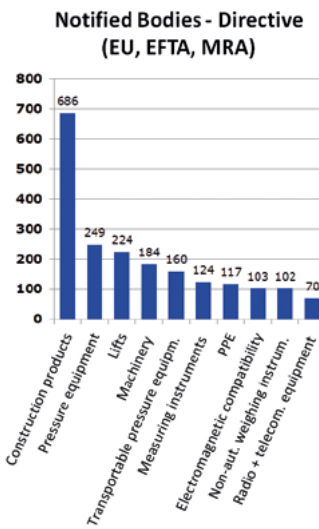
Ministère du Commerce international
www.gov.uk/government/organisations/department-for-international-trade

² Les instituts nationaux de normalisation des 28 États membres de l'UE, plus les États de l'AELE : la Norvège, l'Islande et la Suisse, ainsi que la Turquie, la Macédoine et la Serbie.

³ Pour en savoir plus sur le BSI et le Brexit : www.bsigroup.com/en-GB/about-bsi/media-centre/BSI-and-Brexit

Importe in die EU: Notifizierung und Konformitätsbewertung in Drittstaaten

Unsichere und mit den entsprechenden EU-Rechtsgrundlagen nicht konforme Produkte dürfen auf dem Markt der Europäischen Union nicht in Verkehr gebracht werden. Um dies sicherzustellen, hat die europäische Kommission ein Konformitätsbewertungsverfahren festgelegt, das für bestimmte Fälle eine Prüfung durch eine unabhängige Stelle vorsieht. Doch wie funktioniert dieses Verfahren für Hersteller aus Staaten außerhalb der EU, die ihre Produkte in der EU vermarkten möchten?



Die europäischen Produktsicherheitsvorschriften sehen vor, dass die Hersteller im Regelfall die Konformität ihrer Produkte eigenverantwortlich bescheinigen und die CE-Kennzeichnung anbringen. Bei einigen Produkten schreiben die Konformitätsbewertungsverfahren jedoch eine Prüfung durch eine unabhängige notifizierte Stelle vor. Diese Konformitätsbewertungsstellen werden von den EU-Mitgliedsstaaten benannt (notifiziert) und in einem Verzeichnis der EU-Kommission veröffentlicht¹. Über alle Produktbereiche gibt es in der EU derzeit 1429 notifizierte Stellen (205 in Deutschland).

Die Regularien für die Benennung und die Anforderungen an die notifizierte Stellen sind im Beschluss 768/2008/EG², Kapitel R4 dargelegt. Es muss sich um unabhängige, unparteiische Dritte handeln, die in keinerlei Verbindung zum Produkt stehen, das bewertet werden soll. Sie dürfen zum Beispiel nicht an dessen Entwurf, Herstellung oder Vermarktung beteiligt sein. Ebenfalls müssen die Stellen fachliche Kompetenz und finanzielle Unabhängigkeit nachweisen. Diese und viele weitere Anforderungen werden von den notifizierenden Behörden begutachtet und regelmäßig überwacht. Notifizierte Stellen dürfen Konformitätsbewertungstätigkeiten jedem Wirtschaftsteilnehmer innerhalb und außerhalb der EU anbieten. Auch die Hersteller sind frei in der Wahl ihrer Konformitätsbewertungsstelle.

Regelungen für Nicht-EU-Mitgliedsstaaten

Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bringt die EU-Mitgliedsstaaten und die EFTA-Staaten³ mit Ausnahme der Schweiz in einem gemeinsamen Binnenmarkt zusammen. Es garantiert den teilnehmenden Staaten gleiche Rechte und Pflichten, somit auch hinsichtlich der Notifizierung und Konformitätsbewertung.

Andere Länder haben eine bilaterale Vereinbarung mit der EU geschlossen (Schweiz, USA, Kanada, Australien, Japan, Neuseeland und Israel). Über diese sogenannten Mutual Recognition Agreements (MRAs) wird Drittstaaten – die selbstverständlich ebenfalls den EU-Rechtsgrundlagen für das Inverkehrbringen von Produkten unterliegen – ein vereinfachter Zugang zum EU-Binnenmarkt gewährt⁴. Diese Möglichkeit böte sich beispielsweise auch für Großbritannien nach dem Brexit an.⁵

MRAs regeln unter anderem die Anerkennung von Zertifizierungen der Konformitätsbewertungsstellen des ausführenden Landes. Weitere technische Bewertungen oder administrative Schritte in der EU sind damit nicht nötig. Die MRAs beziehen sich jeweils auf bestimmte Produktbereiche. Sie sehen vor, dass die zuständige Behörde des Drittstaates geeignete Konformitätsbewertungsstellen ermittelt und benennt. Die Kriterien und Verfahren für die Benennung sind in den MRAs festgelegt und entsprechen weitestgehend den Kriterien für notifizierte Stellen der EU-Mitgliedsstaaten.

Für Hersteller in Staaten, die nicht Mitglied im EWR sind oder kein MRA mit der EU geschlossen haben, ist es weitaus komplizierter, Produkte auf dem Europäischen Binnenmarkt einzuführen, falls eine Drittprüfung gefordert ist. In diesen Staaten bestehen keine notifizierte Stellen, sodass die Produkte für die Prüfung außer Landes gebracht oder aufwändig durch eine ausländische Stelle vor Ort geprüft werden müssten.

Möglich ist in solchen Fällen aber auch die Vergabe von Unteraufträgen an Zweigunternehmen oder Unterauftragnehmer (Beschluss 768/2008/EG, Artikel R20). Diese Regelung ermöglicht es, dass von der EU notifizierte Stellen Aufträge an andere Konformitätsbewertungsstellen in einem beliebigen Land vergeben. Die beauftragende Stelle muss sicherstellen, dass der Unterauftragnehmer die EU-Anforderungen an notifizierte Stellen einhält. Sie muss ebenfalls die notifizierende Behörde über diese Vorgehensweise unterrichten und trägt die vollumfängliche Verantwortung für den Auftrag. Der Kunde muss der Unterauftragsvergabe zustimmen. Für diesen liegt der Vorteil auf der Hand: Er muss seine Produkte nicht außer Landes prüfen lassen.

Cathrin Nimmesgern

Leiterin des Referats DGUV Test

cathrin.nimmesgern@dguv.de

¹ Verzeichnis aller aktuell notifizierten Stellen: NANDO-Datenbank, <http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/nando>

² <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32008D0768>

³ Europäische Freihandelsassoziation: Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz; www.efta.int

⁴ <http://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/international-aspects/mutual-recognition-agreements>

⁵ www.bsigroup.com/en-GB/about-bsi/media-centre/Product-Certification

Importing products into the EU: notification and conformity assessment in third countries

Products that are unsafe and fail to comply with EU legislation may not be placed on the market within the European Union. In order to prevent these products from reaching the market, the European Commission has set out a conformity assessment procedure involving testing by an independent body for certain cases. How, though, does this procedure work for manufacturers in countries outside the EU wishing to market their products in the EU?

Under EU product safety regulations, responsibility for certifying a product's compliance with the legislation and applying CE marking generally lies with the manufacturer of the product. For some products however, the conformity assessment procedures require testing by an independent, notified body. These conformity assessment bodies are appointed ("notified") by the EU Member States and listed in an information system maintained by the European Commission¹. There are currently 1429 notified bodies in the EU (205 of them in Germany) for all product groups.

The regulations governing notification of the conformity assessment bodies and the requirements to be met by them are set out in Decision 768/2008/EC², Chapter R4. They must be independent, impartial third parties that have no connection whatsoever with the product that is to be assessed. They must for example not be involved in the product's design, construction or marketing. They must also demonstrate technical expertise and financial independence. These and numerous other requirements are assessed and compliance with them regularly monitored by the notifying authorities. Notified bodies may offer conformity assessment activities to any economic operator within or outside the EU. The manufacturers are also free to choose any conformity assessment body.

Arrangements for non-EU countries

The Agreement on the European Economic Area (EEA) unites the EU Member States and the EFTA states³ – with the exception of Switzerland – in a common single market. It guarantees the participating countries the same rights and obligations, including those concerning notification and conformity assessment.

Other countries (Switzerland, USA, Canada, Australia, Japan, New Zealand and Israel) have concluded bilateral agreements with the EU. Through these "Mutual Recognition Agreements" (MRAs), third countries – whose products are of course also subject to the EU legislation governing the placing of products on the market in the EU – are granted simplified access to the EU's Single Market⁴. This would for example also be an option for the United Kingdom following Brexit.⁵

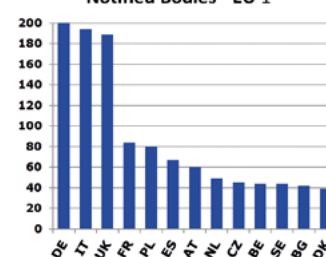
The aspects regulated by MRAs include recognition of certification by conformity assessment bodies located in the country from which a product is exported. Following such certification, no further technical assessments or administrative steps are required in the EU. Each MRA relates to one or several particular product groups. The MRAs make provision for the responsible authorities in the third country to determine and notify suitable conformity assessment bodies. The criteria and procedures for notification are set out in the MRAs, and are largely identical to the criteria for notified bodies in the EU Member States.

Where third-party assessment is required, importing products into the European Single Market is much more complex for manufacturers in countries that are not members of the EEA or have not reached an MRA with the EU. Notified bodies do not exist in these countries. The manufacturers must therefore take their products out of the country for the purpose of testing, or have them tested locally by a foreign body at great expense.

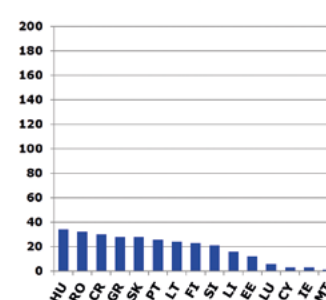
However, the option also exists in such cases of subcontracting testing to subsidiaries or subcontractors (Decision 768/2008/EC, Article R20). This arrangement enables bodies notified by the EU to assign the task of testing to other conformity assessment bodies in any country. The subcontracting notified body is responsible for ensuring that the subcontractor observes the EU's requirements concerning notified bodies. It must also inform the notifying authority of the procedure, and is fully responsible for the task assigned. The customer must agree to testing being subcontracted. The benefit of this arrangement for the customer is clear: he does not have to have his products tested in another country.

Cathrin Nimmesgern
Head of unit DGUV Test
cathrin.nimmesgern@dguv.de

Notified Bodies - EU 1



Notified Bodies - EU 2



¹ NANDO database of all currently notified bodies: <http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/nando>

² <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32008D0768>

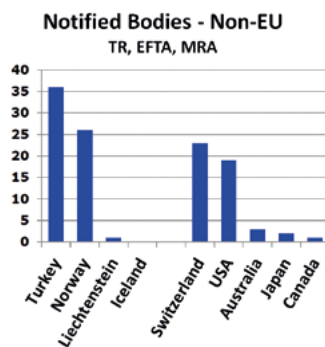
³ European Free-Trade Association: Iceland, Liechtenstein, Norway, Switzerland; www.efta.int

⁴ <http://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/international-aspects/mutual-recognition-agreements>

⁵ www.bsigroup.com/en-GB/about-bsi/media-centre/Product-Certification

Importer des produits dans l'UE : notification et évaluation de la conformité dans les pays tiers

Les produits non sûrs et non conformes à la législation communautaire applicable n'ont pas le droit d'être mis sur le marché de l'Union européenne. Pour s'en assurer, la Commission européenne a défini une procédure d'évaluation de la conformité qui, dans certains cas, prévoit un contrôle par un organisme indépendant. Mais comment fonctionne cette procédure dans le cas de fabricants établis dans des pays hors de l'UE, qui souhaitent commercialiser leurs produits dans l'UE ?



Les réglementations européennes sur la sécurité des produits prévoient que, en règle générale, les fabricants attestent la conformité de leurs produits et apposent le marquage CE sous leur propre responsabilité. Pour certains produits, les procédures d'évaluation de la conformité exigent toutefois un contrôle effectué par un organisme notifié indépendant. Ces organismes en charge de l'évaluation de conformité sont désignés (notifiés) par les États membres de l'UE, et listés dans une base de données de la Commission européenne¹. Il existe actuellement 1429 organismes notifiés dans l'UE (dont 205 en Allemagne), toutes catégories de produits confondues.

Les modalités de la notification des organismes d'évaluation de la conformité et les exigences auxquelles ceux-ci doivent répondre sont stipulées dans la décision 768/2008/CE², au chapitre R4. Il doit s'agir de tiers indépendants et impartiaux, n'ayant aucun lien avec le produit à évaluer. Ils n'ont pas le droit, notamment, d'être impliqués dans sa conception, sa fabrication ou sa commercialisation. Les organismes doivent aussi justifier de leur compétence technique et de leur indépendance financière. Le respect de ces exigences, ainsi que de plusieurs autres, est contrôlé et surveillé régulièrement par les autorités notifiantes. Les organismes notifiés peuvent proposer les services d'évaluation de conformité à chaque acteur économique, à l'intérieur et à l'extérieur de l'UE. Les fabricants peuvent, eux aussi, choisir librement leur organisme d'évaluation de la conformité.

Dispositions pour les États non membres de l'UE

L'Accord de l'Espace économique européen (EEE) regroupe les États membres de l'UE et les États de l'AELE³ – à l'exception de la Suisse – dans un marché intérieur commun. Il garantit aux États participants les mêmes droits et les mêmes obligations, et donc également pour ce qui est de la notification et de l'évaluation de la conformité.

D'autres pays ont conclu un accord bilatéral avec l'UE (Suisse, USA, Canada, Australie, Japon, Nouvelle-Zélande, Israël). Aux termes de ces accords de reconnaissance mutuelle (ARM), des pays tiers – qui, bien entendu, sont soumis à la législation de l'UE relative à la mise sur le marché de produits – se voient accorder un accès simplifié au marché intérieur de l'UE⁴. Cette

option s'offrirait par exemple également à la Grande-Bretagne après le Brexit.⁵

Les ARM régissent, entre autres, la reconnaissance des certifications des organismes d'évaluation de la conformité du pays exportateur, ce qui rend superflue toute autre évaluation technique ou démarche administrative dans l'UE. Les ARM portent sur une ou plusieurs catégories de produits données. Ils prévoient que les autorités compétentes du pays tiers identifient et désignent des organismes à même d'évaluer la conformité. Les critères et procédures de notification sont stipulés dans les ARM, et sont largement identiques aux critères applicables aux organismes notifiés des États membres de l'UE.

Pour les fabricants de pays qui ne sont pas membres de l'EEE ou qui n'ont pas conclu d'ARM avec l'UE, il est beaucoup plus compliqué de mettre des produits sur le marché intérieur européen si des contrôles par des tiers sont exigés. Ces États ne possédant pas d'organismes notifiés, les produits doivent être transportés hors du pays pour ces contrôles, ou bien être contrôlés sur place par un organisme étranger, ce qui représente une procédure coûteuse et compliquée.

Il est toutefois également possible, dans de tels cas, de confier des tâches à des filiales ou sous-traitants (Décision 768/2008/CE, Article R20). Aux termes de cette disposition, les organismes notifiés dans l'UE peuvent sous-traiter des tâches à d'autres organismes d'évaluation de la conformité dans n'importe quel pays. L'organisme notifié qui passe cette commande doit s'assurer que le sous-traitant répond aux exigences de l'UE applicables aux organismes notifiés. Il doit aussi informer l'autorité notifiante de cette démarche, et il assume l'entière responsabilité des tâches effectuées. La sous-traitance ne peut s'effectuer qu'avec l'accord du client. Pour ce dernier, l'avantage est évident : il n'a pas à faire contrôler ses produits à l'étranger.

Cathrin Nimmegern

Responsable de la section DGUV Test
cathrin.nimmegern@dguv.de

¹ Liste de tous les organismes notifiés : base de données NANDO, <http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/nando>

² <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/FR/TXT/?uri=CELEX%3A32008D0768>

³ Association européenne de libre-échange : Islande, Liechtenstein, Norvège, Suisse ; www.efta.int

⁴ <http://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/international-aspects/mutual-recognition-agreements>

⁵ www.bsigroup.com/en-GB/about-bsi/media-centre/Product-Certification

Künstliche, biologisch wirksame Beleuchtung – Arnsberger Roadmap setzt Meilensteine

Jedes Licht wirkt auf die Physiologie des Menschen. Da diese Wirkung sehr komplex ist, können für die relativ neue Technologie der künstlichen, biologisch wirksamen Beleuchtung bisher aus Arbeitsschutzsicht keine Anwendungsempfehlungen gegeben werden. An einigen Arbeitsplätzen wird diese Beleuchtung bereits eingesetzt. Die KAN hat im September 2016 alle beteiligten Kreise an einen Tisch gebracht, um eine Strategie für den sicheren Einsatz dieser Beleuchtung zu entwickeln.

Seit weniger als 20 Jahren wissen wir genauer, wie Licht die innere Uhr des Menschen steuert. Künstliche, biologisch wirksame Beleuchtung kann diese innere Uhr unterstützen, sie kann aber auch einen gesunden Rhythmus aus dem Takt bringen. Es gibt bereits zahlreiche Studien und Untersuchungen in diesem Bereich. Auch die nationale, europäische und internationale Normung beschäftigt sich bereits mit dem Thema. Im Rahmen der internationalen Normungsarbeit soll zunächst der Status quo der wissenschaftlichen Erkenntnisse ermittelt werden. Danach wird das ISO-Komitee entscheiden, wie die Normung weiter fortgeführt werden soll. Da es noch viele offene Fragen zu Chancen und Risiken neuer Beleuchtungstechnologien gibt, hat die KAN sich in einem Positionspapier kritisch zur Normung künstlicher, biologisch wirksamer Beleuchtung¹ geäußert.

KAN-Workshop „Human-Centric Lighting“

Zahlreiche unterschiedliche Kreise wie Hersteller, Planer, Forscher, Sozialpartner und auch der Arbeitsschutz selbst sind auf diesem Gebiet aktiv, verfolgen aber zum Teil unterschiedliche Interessen. Um diese Positionen auszutauschen und alle Beteiligten auf einen gemeinsamen Wissensstand zu bringen, hat die KAN im September 2016 den KAN-Workshop „Human-Centric Lighting“ bei einem Beleuchtungshersteller in Arnsberg organisiert. Ziel war auch, sich auf eine gemeinsame Strategie für das weitere Vorgehen im Bereich der künstlichen, biologisch wirksamen Beleuchtung zu einigen, die den Arbeitsschutz angemessen berücksichtigt.

Eine besondere Qualität erhielt der Informationsaustausch dadurch, dass bereits an Arbeitsplätzen eingesetzte Anwendungsbeispiele vorgestellt wurden. Allen Teilnehmenden wurde bewusst: Ein Handeln ist schnell erforderlich, denn diese Beleuchtungskonzepte sind keine Zukunftsmusik mehr, sondern haben bereits den Weg in die Praxis gefunden.

Die Diskussion ergab, dass noch wesentliche Fragen unbeantwortet sind, z.B.:

- Wie gewinnt man einen Überblick über bestehende Erkenntnisse zu Chancen und Risiken der künstlichen, biologisch wirksamen Beleuchtung?
- Wie können langangelegte Feldstudien auf den Weg gebracht werden?

- Wer trägt die Verantwortung für eventuelle gesundheitliche Folgen durch eine falsche Beleuchtung, wenn es noch keine konkreten Empfehlungen für den Einsatz gibt? Wo muss daher was geregelt werden?
- Wer erstellt Referenzpapiere, auf die sich z.B. Planer oder Arbeitgeber beziehen können?

„Arnsberger Roadmap“

In der „Zukunftswerkstatt“ haben die Teilnehmenden erste Lösungsansätze gesammelt. Welche Meilensteine müssen sich die interessierten Kreise setzen, welche Stolpersteine stehen im Weg und welche Vision haben wir von der Beleuchtung der Zukunft?

Das wesentliche Anliegen der so entstandenen „Arnsberger Roadmap“ besteht darin, die mit dem Workshop begonnene offene Kommunikation weiterzuführen, Informationen zu veröffentlichen, den Istzustand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu ermitteln und weitere Forschung auch im Bereich des Arbeitsschutzes zu fördern.

Als erstes Ergebnis der Arnsberger Roadmap hat die KAN in enger Abstimmung mit dem DGUV-Sachgebiet Beleuchtung eine Literaturrecherche in Auftrag gegeben. Hintergrund ist, dass die bekannten Studien bei der Bewertung der Beleuchtung teilweise widersprüchlich sind. Auch die (vorläufigen) Ergebnisse der Normungsarbeit auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene werden in diese Literaturrecherche miteinbezogen. Sie soll möglichst umfassend arbeitsschutzrelevante Erkenntnisse zusammentragen und Hinweise für Präventionsmaßnahmen und offene Forschungsfragen liefern.

Für Anfang 2018 plant die KAN einen Folgeworkshop, um den erfolgreich begonnenen Dialog weiter zu fördern. Zudem wird im Frühjahr 2017 das aktualisierte KAN-Positionspapier zum Thema künstliche, biologisch wirksame Beleuchtung in der Normung veröffentlicht.

Anna Dammann
dammann@kan.de

Katharina von Rymon Lipinski
vonrymonlipinski@kan.de



¹ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/Deu/KAN-Position_kuenstliche_biologisch_wirksame_Beleuchtung_2015.pdf

Artificial, biologically effective illumination: the Arnsberg Roadmap sets milestones

Light in any form influences the physiology of human beings. As yet, the complexity of this influence has prevented occupational safety and health recommendations from being issued for the relatively new technology of artificial, biologically effective illumination. This form of illumination is already in use at some workplaces. In September 2016, KAN brought all stakeholders together in order to develop a strategy for safe use of the technology.



A more precise understanding of how light controls the human biological clock has been gained only during the last 20 years. Whilst artificial, biologically effective lighting can support the biological clock, it can also knock a healthy rhythm out of step. Numerous studies of the subject have now been conducted, and standards developers are addressing the topic at national, European and international level. International standardization activity is first to determine the scientific findings made to date. The ISO Committee will then decide how standardization activity is to proceed. Since new lighting technology raises numerous questions on the opportunities and risks that it presents, KAN has commented critically in a position paper on the standardization of artificial, biologically effective illumination¹.

KAN workshop: "Human-centric Lighting"

Numerous different groups such as manufacturers, planners, researchers, the social partners, and also the occupational safety and health community itself are active in this area, but with in some cases differing objectives. In order to compare their standpoints and to bring the knowledge of all parties involved up to date, KAN organized a KAN workshop on the subject of "human-centric lighting" in September 2016 at the premises of a lighting products manufacturer in Arnsberg. A further objective was to agree upon a joint strategy for future activity in the area of artificial, biologically effective illumination that gives appropriate consideration to occupational safety and health.

Existing applications of the technology at workplaces were presented at the workshop, thereby enhancing the pooling of information. It became clear to all workshop participants that action must be taken quickly, since these lighting concepts are no longer dreams of the future, but have already found their way into actual use.

Discussion revealed that essential questions have not yet been answered, such as:

- How can a picture be obtained of the knowledge gained to date of opportunities and risks presented by artificial, biologically effective lighting?
- How can long-term field studies be carried out?

- Who bears responsibility for any health hazards caused by incorrect lighting, given that concrete recommendations for its use are still non-existent? Consequently, what needs to be regulated, and how?
- Who produces reference documentation for use for example by planners and employers?

The "Arnsberg Roadmap"

The parties attending the "workshop for the future" put forward a number of approaches to the problem. What milestones must be set by the stakeholders, what hurdles are to be overcome, and how do we envisage illumination in the future?

The result of these efforts is the "Arnsberg Roadmap". Its core objectives are for the discussion initiated by the workshop to be maintained, information to be published, the current progress of scientific research to be determined, and further research to be funded, including in the area of occupational safety and health.

The first outcome of the Arnsberg Roadmap is the commissioning by KAN of a literature survey in close consultation with the DGUV's Lighting sub-committee. The background to this survey is that some of the known studies on lighting evaluation have delivered inconsistent results. The (preliminary) results of standardization activity at national, European and international level are also to be included in this literature survey. The survey is to produce the most comprehensive compilation possible of scientific findings with a bearing upon OSH, and is to deliver pointers for prevention measures and research issues that have yet to be resolved.

KAN is planning a follow-up workshop for early 2018 in order to maintain the dialogue that has begun promisingly. The updated KAN position paper on the subject of artificial, biologically effective illumination in standards will also be published in the spring of 2017.

Anna Dammann
dammann@kan.de

Katharina von Rymon Lipinski
vonrymonlipinski@kan.de

¹ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/2015-08-26_KAN-Position_Lighting-en.pdf

Éclairage artificiel à effet biologique – une feuille de route pose des jalons

Tout éclairage a un effet sur la physiologie humaine. Or, cet effet étant très complexe, il est encore impossible, du point de vue de la sécurité et santé au travail, d'émettre des recommandations sur l'utilisation de la technologie relativement récente qu'est l'éclairage artificiel à effet biologique, technologie déjà utilisée à certains postes de travail. En septembre 2016, la KAN a réuni autour d'une table tous les cercles intéressés, le but étant d'élaborer une stratégie pour une utilisation sûre de ce type d'éclairage.

Il n'y a que vingt ans à peine que nous savons plus précisément comment la lumière influe sur notre horloge interne. Alors que l'éclairage artificiel à effet biologique peut avoir un effet bénéfique sur cette horloge interne, il peut tout autant dérégler un rythme régulier. De nombreuses études et recherches ont déjà été menées dans ce domaine. La normalisation nationale, européenne et internationale s'est, elle aussi, déjà saisie du sujet. Dans le cadre du travail de normalisation internationale, il est tout d'abord prévu de faire un état des lieux des connaissances scientifiques. Le Comité ISO décidera ensuite comment il convient de poursuivre la normalisation. De nombreuses questions sur les chances et les risques liés aux nouvelles technologies d'éclairage étant encore sans réponse, la KAN a émis, dans un document de position, un avis critique sur la normalisation de l'éclairage artificiel à effet biologique¹.

L'atelier de la KAN « Human-Centric Lighting »

Les nombreux acteurs – fabricants, concepteurs, chercheurs, partenaires sociaux, mais aussi les préventeurs eux-mêmes – qui interviennent dans ce domaine défendent parfois des intérêts divergents. Afin d'instaurer un dialogue sur ces diverses positions et de faire le point sur l'état actuel des connaissances, la KAN a organisé en septembre 2016 un atelier intitulé « Human-Centric Lighting ». Cette rencontre, qui a eu lieu à Arnsberg, chez un fabricant de systèmes d'éclairage, avait aussi pour but de convenir d'une stratégie commune quant à l'approche à adopter dans le domaine de l'éclairage artificiel à effet biologique pour prendre dûment en compte la sécurité et la santé au travail.

L'échange d'informations a bénéficié de la présentation d'exemples d'utilisation déjà pratiqués sur des lieux de travail. Tous les participants ont pris conscience du fait qu'il était urgent d'agir, car ces systèmes d'éclairage ne relèvent plus de la science-fiction : ils ont déjà fait leur entrée dans la pratique.

Il est ressorti de la discussion que de nombreuses questions essentielles sont encore sans réponse, et notamment :

- Comment avoir un aperçu des connaissances actuelles sur les chances et les risques de l'éclairage artificiel à effet biologique ?

- Comment peut-on lancer des études de terrain axées sur le long terme ?
- Qui doit être tenu responsable d'atteintes éventuelles à la santé dues à un éclairage inadéquat, alors qu'il n'y a pas encore de recommandations concrètes pour leur utilisation ? Qu'est-ce qui doit donc être réglementé, et où ?
- Qui élabore des documents de référence sur lesquels pourront s'appuyer par exemple les concepteurs ou les employeurs ?



La « feuille de route d'Arnsberg »

Dans le cadre de « l'atelier de l'avenir », les participants ont recensé de premières pistes de solutions. Quelles étapes les cercles intéressés doivent-ils se fixer, quelles sont les pierres d'achoppement, et quelle est notre vision de l'éclairage de demain ?

Le principal enjeu de la « feuille de route d'Arnsberg » sur laquelle ont débouché ces réflexions consiste à poursuivre la communication franche amorcée avec l'atelier, à publier des informations, à dresser un état des lieux des avancées scientifiques, et à encourager la poursuite de la recherche, notamment dans le domaine de la SST.

Premier résultat concret de la feuille de route d'Arnsberg : opérant en étroite concertation avec la sous-section spécialisée « Éclairage » de la DGUV, la KAN a mandaté une recherche bibliographique. Cette démarche s'appuie sur le fait que les études connues sur l'évaluation de l'éclairage sont en partie contradictoires. Les résultats (provisaires) du travail de normalisation au niveau national, européen et international seront également pris en compte dans cette recherche. Celle-ci devra permettre de recenser aussi exhaustivement que possible toutes les connaissances pertinentes pour la SST, et de fournir des indications sur des mesures de prévention et questions de recherche encore sans réponse.

La KAN prévoit un atelier de suivi pour le début de 2018, afin d'encourager la poursuite du dialogue amorcé avec succès. De plus, elle publiera au printemps 2017 une version actualisée de son document de position consacré à l'éclairage artificiel à effet biologique dans la normalisation.

Anna Dammann
dammann@kan.de

Katharina von Rymon Lipinski
vonrymonlipinski@kan.de

¹ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/2015-08-26_KAN-Position_Lighting-en.pdf (en anglais)

Human Centric Lighting – Beleuchtung heute, morgen, übermorgen

Licht ist nicht nur für das Sehen des Menschen von Bedeutung. Neue Beleuchtungssysteme machen sich auch nicht-visuelle Wirkungen zunutze, die zum Beispiel den Tag-Nacht-Rhythmus beeinflussen. Regelssetzer, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Planer sollten sich im Sinne der Arnsberger Roadmap¹ frühzeitig mit den Möglichkeiten der neuen Technik auseinandersetzen, damit die künstliche Beleuchtung künftig die Gesundheit des Menschen am Arbeitsplatz optimal unterstützen kann.



Jörg Minnerup

Vorsitzender des Fachnormenausschusses Lichttechnik (FNL) bei DIN

Wichtig ist es, die nicht-visuellen Wirkungen bei der Planung von Human Centric Lighting² von vornherein mit zu berücksichtigen. Ansonsten drohen ähnliche Fehler wie bei LED-Produkten, die aufgrund ihrer Energieeffizienz und anregenden kühlweißen Lichtfarben häufig unkritisch eingesetzt werden – selbst in rollierenden 3-Schichtsystemen, in denen sie, wie man inzwischen weiß, ein Gesundheitsrisiko darstellen können.

Um den aktuellen Wissenstand sicher in die Praxis umzusetzen, ist aus Herstellersicht eine gründliche Planung mit einer stufenweisen Herangehensweise notwendig:

1. Zunächst sollten die **Anwendungsbereiche** festgelegt werden, in denen Human Centric Lighting die größten Vorteile bringt und den Tag-Nacht-Rhythmus (circadianer Rhythmus) des Menschen unterstützt.
2. Für die einzelnen Anwendungsbereiche sollte dann jeweils eine dynamische künstliche **Beleuchtung geplant** werden, die das natürliche Licht am Tag hinreichend ergänzt und eine zu helle weiße Beleuchtung mit hohen Blauanteilen in der Nacht vermeidet.
3. Am Ende steht die **Auswahl und Installation** der Beleuchtungskomponenten: Leuchten mit passender Lichtabstrahlung sowie tageslicht- und warmweißen Lichtfarben, die über die Lichtsteuerung jeweils zur richtigen Zeit betrieben werden. In besonders komplexen Fällen sollten mit Fachleuten aus Medizin und Chronobiologie aufeinander abgestimmte Licht- und Schichtpläne erarbeitet werden.

Wissen erzeugen und in Regeln verankern

Um eine fehlerfreie Auslegung von Beleuchtungsanlagen flächendeckend sicherzustellen, müssen diese neuen Erkenntnisse verbreitet und in regelsetzenden Schriften verankert werden. In Deutschland sondiert eine Arbeitsgruppe im staatlichen Arbeitsstättenausschuss (ASTA) derzeit den Stand der arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse. Das DGUV-Sachgebiet Beleuchtung plant, eine DGUV Information zu erstellen und der DIN-Fachnormenausschuss Lichttechnik (FNL 27) arbeitet an Anwendungsempfehlungen. Darüber hinaus wird Mitte 2017 bereits das 9. DIN-Expertenforum zur nichtvisuellen Wirkung des Lichts auf den Menschen stattfinden.

In der europäischen Normung gibt es im CEN TC 169 in den Arbeitsgruppen 2 „Arbeitsstättenbeleuchtung“ und 13 „Nichtvisuelle Wirkung des Lichts auf den Menschen“ Aktivitäten, das bisherige Wissen in Standards zu integrieren. Bei der Internationalen Beleuchtungskommission CIE werden im Technischen Komitee JTC 9 die Grundlagen für die nichtvisuelle Strahlungsbewertung³ aufgenommen. Das ISO TC 274 „Licht und Beleuchtung“ erarbeitet einen Technischen Bericht, der Informationen aus Anwendungsstudien über nicht-visuelle Effekte von Licht zusammenträgt, mit deren Hilfe sichere und nützliche Beleuchtungsanwendungen umgesetzt werden können.

Parallel dazu gibt es in Verbänden von Hochschulen und Herstellern eine Vielzahl von Forschungsvorhaben, deren Ergebnisse nach und nach in die Arbeiten zur Regelsetzung und Standardisierung einfließen und in der Anwendung umgesetzt werden können.

Beleuchtung in zehn Jahren

Durch die Digitalisierung wird es möglich sein, Informationen zu einzelnen Menschen zu verknüpfen und mit Hilfe von Rechenalgorithmen für jeden Einzelnen das „richtige Licht“ zu ermitteln und einzustellen oder für eine Gruppe von Menschen zu mitteln. Steuern also zukünftig der Gesetzgeber oder unsere Krankenkassen unsere Beleuchtung, um uns leistungsfähig und gesund zu halten? Denkbar ist auch, dass Beleuchtungsanlagen selbsttätig erkennen, wer sich wo im Gebäude oder Raum befindet und jeweils eine angepasste Beleuchtung zur Verfügung stellen, die sowohl die Sehaufgaben als auch die gewünschten nicht-visuellen Wirkungen des Lichts berücksichtigt. Ist dies Science-Fiction? Nein, denn Forschungsvorhaben dazu laufen bereits. Letztendlich wird es Aufgabe des Staates und der Tarifvertragsparteien sein, ein ausgewogenes Maß zur richtigen Umsetzung an Arbeitsplätzen zu finden.

Jörg Minnerup
j.minnerup@trilux.de

¹ Ergebnis eines Workshops aller interessierten Kreise zum Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse zur biologisch wirksamen Beleuchtung (Human Centric Lighting). S.a. KANBrief 1/2017, S. 9

² Häufig auch als integrative Beleuchtung, dynamische Beleuchtung oder biologisch wirksame Beleuchtung bezeichnet

³ „Quantifying ocular radiation input for non-visual photoreceptor stimulation“

Human-centric lighting: lighting for today, tomorrow and beyond

Light is important, and not only for human vision. Modern lighting systems also exploit non-visual effects of light, for example its influence upon the circadian rhythm. In line with the Arnsberg Roadmap¹, regulators, employers, employees and planners should address the opportunities offered by the new technology at an early stage in order for artificial lighting to support human health at the workplace in the best possible way in the future.

It is important that during the planning of human-centric lighting², consideration is given from the outset to non-visual effects. A risk otherwise exists of mistakes similar to those made with LED products, which owing to their energy efficiency and stimulating cool white light are often used indiscriminately, even in rolling three-shift systems in which, as is now known, they may constitute a health risk.

In order for the current state of knowledge to be exploited safely in practice, manufacturers call for thorough planning with a multi-phase approach:

1. In the first phase, the **areas of application** should be determined in which human-centric lighting delivers the greatest benefits and supports the human circadian (day/night) rhythm.
2. For each area of application, dynamic artificial **illumination should then be planned** that adequately supplements natural light during the day and avoids excessively white lighting with a high blue component during the night.
3. The final phase is **selection and installation** of the lighting components: luminaires that radiate the light appropriately and deliver both daylight and warm white light colours, each selected at the appropriate time by the light controller. In particularly complex cases, mutually adapted lighting and shift plans should be drawn up with the support of experts from the medicine and chronobiology fields.

Generating knowledge and enshrining it in regulations

In order to ensure that the illumination systems put into service across industry are properly designed, these new findings must be disseminated and enshrined in regulatory documents. In Germany, a working group in the ASTA state committee for workplaces is currently surveying the progress of relevant OSH research. The DGUV Lighting sub-committee is planning development of a DGUV Informative Document, and the DIN Lighting Technology Standards Committee (FNL 27) is working on recommendations for application. In addition, the DIN expert forum on non-visual effects of light upon human beings will be held for the 9th time in mid-2017.

Within European standardization activity, CEN TC 169 Working Groups 2, Lighting of work places, and 13, Non-visual effects of light on human beings, are working on incorporating the knowledge obtained to date into standards and specifications. At international level, Technical Committee JTC 9 of the International Commission on Illumination (CIE) is adopting principles for evaluation of non-visual radiation³. ISO TC 274, Light and lighting, is drawing up a Technical Report compiling information from application studies of the non-visual effects of light. This report is to assist in the implementation of safe and beneficial lighting applications.

At the same time, universities and manufacturers are conducting a range of joint research projects the results of which can be progressively included in regulation and standardization activity and implemented in practice.

Illumination in ten years' time

Digitalization will enable information on individual persons to be linked and mathematical algorithms to be used to determine and set the "right light" for each individual or to average it for a group of people. Will our lighting therefore be controlled in future by the legislator or our health insurers, in order to retain our performance and good health? It is also conceivable that lighting installations will detect autonomously who is present in a building or room and where, and will deliver adjusted illumination that takes account of both the visual tasks and the desired non-visual effects of the light. Is this science fiction? No: research projects for this purpose are already in progress. Ultimately, the task of finding the right balance for appropriate implementation at workplaces will fall to the state and the parties to collective bargaining.

Jörg Minnerup

Chair of the DIN Lighting Technology Standards Committee (FNL)

j.minnerup@trilux.de



¹ Result of a workshop attended by all stakeholders on the progress of scientific research into biologically effective lighting (human-centric lighting); see also KANBrief 1/2017, pp. 10

² Also referred to as integrative lighting, dynamic lighting or biologically effective lighting

³ "Quantifying ocular radiation input for non-visual photoreceptor stimulation"

Human Centric Lighting – L'éclairage aujourd'hui, demain, après-demain

La lumière ne sert pas seulement à y voir clair. De nouveaux systèmes d'éclairage mettent à profit aussi des effets non visuels pouvant avoir une incidence sur le rythme jour-nuit de l'individu. Il serait bon que les organismes régulateurs, les employeurs et les employés, ainsi que les concepteurs se penchent rapidement sur les possibilités de cette technologie, en s'inspirant de la feuille de route d'Arnsberg¹, pour que l'éclairage artificiel ait à l'avenir un effet bénéfique sur la santé de l'individu au travail.



En concevant un « Human Centric Lighting »², il est important de prendre en compte dès le départ les effets non visuels, faute de quoi on risque de voir se produire les mêmes erreurs que pour les LED qui, en raison de leur éco-efficacité et de leur température de couleur stimulante blanche et froide, ont été souvent utilisées sans réflexion critique – même pour le travail posté avec rotation de trois équipes, pour lequel, comme on le sait aujourd'hui, ils peuvent représenter un risque pour la santé.

Afin de transposer en toute sécurité les connaissances actuelles dans la pratique, une planification soigneuse, débouchant sur une démarche en plusieurs étapes, s'impose du point de vue des fabricants :

1. Il faut d'abord définir les **domaines d'utilisation** pour lesquels l'éclairage à effet biologique présente les plus grands avantages et est bénéfique pour le rythme jour-nuit (le rythme circadien) de l'individu.
2. Pour chacun des domaines d'utilisation, il convient ensuite de **prévoir un éclairage** artificiel dynamique capable de compléter suffisamment la lumière naturelle dans la journée, et d'éviter pour la nuit un éclairage blanc trop clair avec une forte proportion de bleu.
3. La dernière étape est **le choix et l'installation** des composants du système d'éclairage : des luminaires assurant un rayonnement lumineux adéquat, ainsi que des températures de couleur blanches et chaudes et proches de la lumière du jour, avec un système capable de piloter l'éclairage au moment voulu. Dans les cas particulièrement complexes, il est indiqué de synchroniser les plans d'éclairage avec les rythmes de rotation, en travaillant avec des spécialistes de la médecine du travail et de la chronobiologie.

Générer un savoir et l'ancrer dans des règles

Afin d'exclure partout toute erreur lors de la conception des systèmes d'éclairage, ces avancées doivent être diffusées et ancrées dans des textes réglementaires. En Allemagne, un groupe de travail opérant au sein du comité gouvernemental pour les postes de travail (ASTA) fait le point actuellement sur les avancées des sciences

du travail. La sous-section spécialisée Éclairage de la DGUV prévoit d'élaborer une Information de la DGUV. Le comité de normalisation Technique d'éclairage au sein du DIN (FNL 27) travaille quant à lui à des recommandations d'utilisation. De plus, la neuvième édition du Forum d'experts du DIN consacré à l'effet non visuel de l'éclairage sur l'individu aura lieu mi-2017.

Dans la normalisation européenne, des activités menées au sein du CEN TC 169, dans les groupes de travail 2 « Éclairage des lieux de travail » et 13 « Effet non visuel de la lumière sur l'individu » visent à intégrer les connaissances actuelles dans des documents normatifs. Au niveau international, la Commission internationale de l'éclairage (CIE) a repris, dans le Comité technique JTC 9, les principes de l'évaluation de la stimulation non visuelle du rayonnement³. L'ISO/TC 274 « Lumière et éclairage » élabore un rapport technique où sont rassemblées des informations provenant d'études pratiques sur les effets non visuels de la lumière et permettant de réaliser des systèmes d'éclairage sûrs et utiles.

Il existe parallèlement une multitude de projets de recherche menés conjointement par des universités et des fabricants, dont les résultats sont pris en compte progressivement dans les travaux de réglementation et de standardisation et qui peuvent être mis en pratique.

L'éclairage dans dix ans

Grâce à la numérisation, on pourra connecter des informations sur des individus et, à l'aide d'algorithmes de calcul, définir et régler l'éclairage « adéquat » pour chaque individu, ou calculer une moyenne pour un groupe de personnes. Verra-t-on donc à l'avenir notre employeur ou nos caisses d'assurance maladie contrôler notre éclairage pour influencer sur nos performances ou nous maintenir en bonne santé ? On peut aussi imaginer des systèmes d'éclairage capables de détecter automatiquement qui se trouve à quel endroit dans un bâtiment ou une pièce, et de fournir un éclairage adapté permettant non seulement de mieux voir, mais prenant aussi en compte les effets non visuels souhaités. De la science-fiction ? Non, car des projets de recherche existent déjà dans ce domaine. Au final, c'est à l'État et aux partenaires sociaux qu'il reviendra de trouver un juste milieu pour que ces systèmes soient utilisés correctement sur les lieux de travail.

Jörg Minnerup

Président du comité Technique d'éclairage (FNL) au sein du DIN
j.minnerup@trilux.de

¹ Résultat d'un atelier réunissant tous les cercles intéressés sur les avancées scientifiques concernant l'éclairage à effet biologique (Human Centric Lighting). Cf. KANBrief 1/2017, p. 11

² Désigné également sous le nom d'éclairage intégratif, éclairage dynamique ou éclairage à effet biologique.

³ « Quantifying ocular radiation input for non-visual photoreceptor stimulation »

Normung und betrieblicher Arbeitsschutz: Spielregeln neu gefasst

Immer wieder kommt es vor, dass Normen Aspekte des betrieblichen Arbeitsschutzes behandeln. Doch vom Grundsatz her hat das nationale Regelwerk von Staat und Unfallversicherung Vorrang vor Normen. Wie diese Schnittstelle zwischen Normung und Regelwerk genau funktioniert, regelt seit 2015 das „Grundsatzpapier zur Rolle der Normung im betrieblichen Arbeitsschutz“¹. Für die praktische Anwendung wurde es nun um eine vertiefende Prozessbeschreibung² ergänzt.

Die neue Prozessbeschreibung vertieft die Spielregeln des Grundsatzpapiers zu neuen und laufenden Normprojekten mit Bezug zum betrieblichen Arbeitsschutz. Sie beschreibt die Rollen der Mitspieler und unterstützt das Ziel, die Expertise aller Arbeitsschutzkreise angemessen und frühzeitig in die Strategien der KAN einfließen zu lassen. Mit der Verabschiedung der Prozessbeschreibung hat sich die KAN im November 2016 außerdem darauf verständigt, dass das Grundsatzpapier den bisher geltenden Gemeinsamen Deutschen Standpunkt (GDS)³ weiterentwickelt hat und damit für die Arbeit der Geschäftsstelle das aktuelle, anzuwendende Dokument darstellt.

Wer spielt mit?

- **DIN** informiert die KAN-Geschäftsstelle möglichst frühzeitig über neue, relevante Normungsvorhaben.
- Die **technischen Ausschüsse** des Staates und die **Fachbereiche** der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) steuern ihre Position über die KAN-Geschäftsstelle bei.
- Die **Arbeitgeber** und **Arbeitnehmer** steuern über die Sozialpartnervertreter in der KAN-Geschäftsstelle ihre Position bei.
- Die **KAN-Geschäftsstelle** koordiniert die Entscheidungsfindung, führt die Positionen zusammen und legt sie der KAN zur Entscheidung vor.
- Die **KAN** bestimmt die endgültige Position des Arbeitsschutzes.

Spielverlauf

Sobald DIN oder Experten der Arbeitsschutzkreise von einem neuen Normvorhaben, einem laufenden Projekt oder einem Entwurf zur öffentlichen Umfrage mit Bezug zum betrieblichen Arbeitsschutz erfahren, informieren sie die KAN-Geschäftsstelle zur weiteren Abstimmung. Die KAN-Geschäftsstelle prüft das Vorhaben oder den eventuell schon vorhandenen Normentwurf und holt Stellungnahmen von den Arbeitsschutzkreisen ein. Dabei gilt grundsätzlich: Das technische Vorschriften- und Regelwerk von Staat und Unfallversicherungsträgern hat Vorrang vor Normen. Gemäß Grundsatzpapier sind verschiedene Fragen zu klären, z.B.: Behandelt das Normprojekt grundlegende Arbeits-

schutzpflichten (z.B. Gefährdungsbeurteilung)? Bestehen Vorschriften und Regeln zum Thema? Wird ein Arbeitsschutzkreis aktiv an dem Projekt mitarbeiten?

Sollte ein technischer Ausschuss oder Fachbereich in der vorgegebenen Frist keine Rückmeldung geben, wertet die KAN dies als Enthaltung des Kreises. Ist die Bewertung des Normprojektes für die KAN-Geschäftsstelle schon von vorneherein eindeutig, muss sie die technischen Ausschüsse und Fachbereiche nicht einbeziehen.

Nationale Ereigniskarte

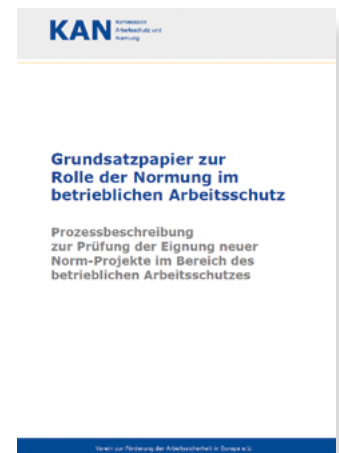
Lässt sich auf europäischer Ebene nicht verhindern, dass betriebliche Anforderungen in die Norm einfließen, kann die KAN das nationale Vorwort nutzen, um den Bezug zwischen der Norm und dem nationalen Regelwerk herzustellen und auf eventuelle Widersprüche oder Überlappungen hinzuweisen. Bei Widersprüchen kann zusätzlich eine A-Abweichung beantragt werden⁴. Die Norm kann so eine Informationsquelle zum Arbeitsschutz ohne rechtliche Bindung sein.

Aktueller Spielstand

Die KAN-Geschäftsstelle arbeitet bereits seit 2015 auf Grundlage des Grundsatzpapiers. Mit der Prozessbeschreibung sind weitere Detailfragen geklärt. Als zusätzliche Unterstützung informiert DIN die KAN-Geschäftsstelle nun wöchentlich über neu angenommene und ggf. für den betrieblichen Arbeitsschutz relevante Normprojekte. Auch die staatlichen Ausschüsse und Fachbereiche der DGUV verinnerlichen das neue Verfahren zunehmend und haben in vielen Fällen schon sehr hilfreiche Rückmeldungen gegeben.

Die Chancen stehen gut, dass in Zukunft die Schnittstelle zwischen Normung zum betrieblichem Arbeitsschutz und staatlichem Regelwerk besser berücksichtigt wird. Damit das Spiel erfolgreich wird und ein kohärentes Regelwerk zum Schutz der Arbeitnehmer entsteht, müssen allerdings die neuen Spielregeln den Mitspielern bekannt und für alle nachvollziehbar sein. Wie gut dies gelingt, wird die Praxis zeigen.

Angela Janowitz
janowitz@kan.de



¹ www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/normung-betrieblicher-arbeitsschutz-2015.pdf

² www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/Deu/Prozessbeschreibung.pdf

³ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/de/Deu/GDS_de.PDF

⁴ Mit A-Abweichungen wird im Anhang einer Europäischen Norm auf rechtliche Anforderungen in Mitgliedstaaten hingewiesen, mit denen bestimmte normative Anforderungen der Norm nicht im Einklang stehen.

Standardization and the safety and health of workers at work: rewriting the rules of the game

Aspects of the safety and health of workers at work are frequently addressed by standards. As a matter of principle, however, state rules and regulations and those of the accident insurance institutions take priority over standards. Since 2015, the interface between standardization and the rules and regulations has been governed by the Policy paper on the role of standardization in the safety and health of workers at work¹, which has now been supplemented by a more detailed process description².



The new process description elaborates on the "rules of the game" set out in the policy paper concerning new work items and work items in progress with a bearing upon the safety and health of workers at work. It describes the functions of the players and supports the objective of incorporating the expertise of all stakeholders in OSH into KAN's strategies in an appropriate and timely manner. At adoption of the process description, KAN also agreed in November 2016 that the policy paper represented a further development of the German Consensus Statement (GDS)³ valid up to that point and thus constituted the current, applicable document for the work of the KAN Secretariat.

What players are involved?

- **DIN** informs the KAN Secretariat as early as possible of new, relevant work items.
- The state **technical committees** and the **expert committees** of the German Social Accident Insurance (DGUV) present their standpoints via the KAN Secretariat.
- The **employers** and **employees** present their standpoints through their representatives in the KAN Secretariat.
- The **KAN Secretariat** coordinates the decision-making process, reconciles the standpoints and presents the result to KAN for a final decision.
- **KAN** determines the final position of the OSH community.

The course of the game

As soon as DIN or experts from among the OSH stakeholders learn of a new work item, item in progress or draft standard at the public enquiry stage with a bearing upon the safety and health of workers at work, they inform the KAN Secretariat in order for the further procedure to be agreed. The KAN Secretariat examines the work item – or where already available, the draft standard – and requests comments from the OSH stakeholders. As a matter of principle, state technical rules and regulations and those of the accident insurance institutions have priority over standards. In accordance with the policy paper, answers must be found to a number of questions. For example: does the work item address fundamental OSH obligations (such as risk

assessment)? Do rules and regulations exist concerning the subject? Will a stakeholder in OSH be actively involved in the work item?

Should a state technical committee or DGUV expert committee not respond by the deadline stated, KAN interprets this as an abstention on the part of the stakeholder. Should evaluation of the work item be clear to the KAN Secretariat from the outset, it does not need to involve the state or DGUV committees.

National "chance" card

If requirements concerning the safety and health of workers at work cannot be prevented at European level from being included in the standard, KAN can use the national foreword in order to explain the link between the standard and the national body of regulations and to draw attention to any contradictions or overlap. Where contradictions exist, application can also be made for an A deviation⁴. This enables the standard to serve as a source of information on occupational safety and health without having binding legal force.

Current state of play

The KAN Secretariat has been conducting its work with reference to the policy paper since 2015. Further detail issues have been resolved by the description of the process. DIN is now providing additional support by informing the KAN Secretariat on a weekly basis of newly adopted work items that may have a bearing on the safety and health of workers at work. The state committees and DGUV expert committees are also increasingly adopting the new procedure and in many cases have already provided very useful feedback. The deadlines for feedback imposed by the standardization process are however in some cases very short.

The prospects are good for the interface between standardization with a bearing on the safety and health of workers at work and the body of state regulations to be given greater consideration in the future. In order for the game to serve its purpose and to produce a coherent body of rules and regulations for the protection of employees, all players must however be familiar with the new rules of the game and must find them reasonable. The game's success will be seen in practice.

Angela Janowitz
janowitz@kan.de

¹ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/Grundsatzpapier_GMBI-Ausgabe-2015-1-en.pdf

² www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/Prozessbeschreibung-en.pdf

³ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/GDS_en.pdf

⁴ A deviations in the annex of a European standard draw attention to legal requirements in Member States with which certain normative requirements in the standard are not compatible.

Normalisation et prévention en entreprise : les règles du jeu réécrites

Il arrive fréquemment que des normes traitent d'aspects relatifs à la prévention en entreprise. Or, par principe, les réglementations nationales émanant de l'État et des organismes d'assurance accidents prévalent sur les normes. Depuis 2015, le « Document de principe portant sur le rôle de la normalisation dans la prévention en entreprise »¹ définit comment fonctionne cette interface entre normalisation et réglementations. Ce document vient d'être complété par une description approfondie du processus².

La nouvelle Description du processus précise les règles du jeu contenues dans le Document de principe, pour les projets de normalisation nouveaux et en cours concernant la prévention en entreprise. Définissant le rôle des différents acteurs, elle contribue à ce que tous les cercles de préventeurs fassent, à un stade précoce et de manière adéquate, l'apport de leur expertise dans les stratégies de la KAN. Lors de l'adoption de ce texte, en novembre 2016, la KAN a en outre convenu que le Document de principe représentait une évolution de la Déclaration Commune Allemande (GDS)³ jusqu'alors en vigueur, et constituait ainsi le document de référence à utiliser pour le travail de son Secrétariat.

Quels sont les acteurs ?

- Le **DIN** informe dès que possible le Secrétariat de la KAN de tout nouveau projet de normalisation pertinent.
- Les **Comités techniques** gouvernementaux et les **Commissions sectorielles** de l'Assurance sociale allemande des accidents du travail et maladies professionnelles (DGUV) font connaître leur position par l'intermédiaire du Secrétariat de la KAN.
- Les **employeurs** et les **employés** font connaître leur position par l'intermédiaire des représentants des partenaires sociaux au sein du Secrétariat de la KAN.
- Le **Secrétariat de la KAN** coordonne la prise de décision, fait la synthèse des positions et les soumet à la KAN pour décision.
- La **KAN** définit la position définitive des préventeurs.

Déroulement de la partie

Dès que le DIN ou des experts appartenant aux cercles de préventeurs ont connaissance d'un projet de normalisation nouveau ou en cours, ou d'un projet de norme soumis à l'enquête publique qui concernent la prévention en entreprise, ils en informent le Secrétariat de la KAN, pour concertation. Le Secrétariat examine la proposition, ou le projet de norme, s'il existe déjà, et sollicite la position des cercles de préventeurs. Le principe est, dans ce contexte, que les réglementations et règles techniques de l'État et des organismes d'assurance accidents prévalent sur les normes. Comme le précise le Document de principe, plusieurs questions doivent être exami-

nées, notamment : le projet de norme traite-t-il d'obligations fondamentales en matière de SST (p.ex. sur l'évaluation des risques) ? Existe-t-il des prescriptions et des règles sur le sujet ? Est-il prévu qu'un cercle de préventeurs participe activement au projet ?

Si un Comité technique ou une Commission sectorielle ne prend pas position dans le délai prescrit, la KAN considère qu'il y a abstention de la part de l'instance en question. Si le Secrétariat de la KAN estime dès le départ que l'évaluation du projet de norme est sans ambiguïté, il n'est pas tenu de solliciter l'avis des Comités techniques ni des Commissions sectorielles.

La carte événement nationale

Si, au niveau européen, on ne peut pas empêcher que des exigences relatives à la prévention en entreprise apparaissent dans la norme, la KAN peut utiliser l'avant-propos national pour établir le lien entre la norme et les réglementations nationales, et signaler des contradictions ou recouvrements éventuels. En cas de contradiction, il est en outre possible de faire la demande d'une divergence A⁴. La norme peut alors devenir source d'informations sur la prévention, mais n'a pas d'effet juridique contraignant.

Où en est la partie ?

Le Secrétariat de la KAN travaille déjà depuis 2015 en s'appuyant sur le Document de principe. La Description du processus a éclairci des points de détail. Autre mesure de soutien : le DIN informe dorénavant le Secrétariat de la KAN une fois par semaine des nouveaux projets adoptés susceptibles d'être pertinents pour la prévention en entreprise. Les Comités gouvernementaux et les Commissions sectorielles de la DGUV adhèrent de plus en plus à la nouvelle procédure et ont, dans de nombreux cas, déjà fourni de précieux avis. On précisera toutefois que la procédure de normalisation prévoit des délais de réponse parfois très courts.

Les chances sont bonnes pour que l'interface entre la normalisation sur la prévention en entreprise et les réglementations gouvernementales soit mieux prise en compte à l'avenir. Mais pour que la partie soit gagnée et que des réglementations cohérentes sur la protection des travailleurs voient le jour, les nouvelles règles du jeu doivent être connues des acteurs et compréhensibles pour chacun. On verra à la pratique si cela a réussi.

Angela Janowitz
janowitz@kan.de

¹ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/Grundsatzpapier_GMBL-Ausgabe-2015-1-en.pdf (en anglais)

² www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/en/Deu/Prozessbeschreibung-en.pdf (en anglais)

³ www.kan.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Basisdokumente/fr/Deu/basis01f.pdf

⁴ Les divergences A indiquent, dans l'annexe d'une norme européenne, les lois d'un États membre avec lesquelles certaines exigences normatives sont en contradiction.

DGUV Branchenregeln: Arbeitsschutz auf einen Blick

Wie finden Unternehmen heraus, welche der zahlreichen und teils eher abstrakten Arbeitsschutzregeln und -maßnahmen von Staat und gesetzlicher Unfallversicherung¹ sie anwenden müssen? Hier setzt das neue Präventionsinstrument der Branchenregel an². Sie führt Anforderungen und Informationen aus den diversen Arbeitsschutzvorschriften zusammen und unterbreitet Unternehmen ein Komplettangebot nach dem Motto „Alles Wichtige auf einen Blick“.



Branchenregeln sind als übersichtliches Kompendium konzipiert, das alle maßgeblichen Informationen zum Arbeitsschutz in einer Branche bereitstellt. Sie zeigen spezifische Gefährdungslagen auf und präsentieren dazu praxisgerechte Lösungsvorschläge. Sie setzen kein neues Recht, sondern stellen zwingende Pflichten aus dem Vorschriftenwerk des Staates und der Unfallversicherungsträger, Empfehlungen aus den Regelwerken sowie auch unverbindliche Anforderungen aus DIN-Normen oder VDE-Richtlinien zusammen. Dabei sollen auch Aspekte wie Ergonomie, Gesundheitsförderung und Barrierefreiheit mit einfließen. Die Branchenregeln richten sich in erster Linie an Unternehmerinnen und Unternehmer in kleinen und mittleren Betrieben. Gleichzeitig geben sie Hilfestellungen für Betriebsärzte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Sicherheitsbeauftragte.

Einheitlicher Aufbau für alle Branchenregeln

In jeder Branchenregel stellt eine kurze Einleitung Inhalt und Zielsetzung der Regel vor. Im Kapitel 2 werden die „Grundlagen für den Arbeitsschutz“ in knapper Form dargestellt – unterteilt in einen allgemeinen und einen branchenspezifischen Teil. Herzstück einer jeden Branchenregel ist das dritte Kapitel. Hier werden die Gefährdungen aller Arbeitsplätze und aller Tätigkeiten einer Branche aufgeführt und Maßnahmen für die Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit dargestellt. Jede Doppelseite beschreibt einen Arbeitsplatz oder eine Tätigkeit. In farblich hervorgehobenen Info-Boxen finden die Leserinnen und Leser auf einen Blick die wichtigsten Rechtsgrundlagen sowie weiterführende Informationen. Abgerundet werden die Branchenregeln durch einen Anhang, der je nach Bedarf Begriffsbestimmungen, ein Stichwortverzeichnis bestimmter Gefahren, Arbeitsplätze, Tätigkeiten, Arbeitsverfahren und Arbeitsschutzmaßnahmen sowie weitere nützliche Informationen enthält.

Wörtliche Zitate von Rechtstexten oder Normen werden in Branchenregeln nicht verwandt. Arbeitsschutzrechtliche Pflichten aus rechtlichen Vorgaben werden an der konkreten Tätigkeit oder am Arbeitsplatz in einer adressatenorientierten Sprache klar, knapp und anschaulich dargestellt. Eine direkte Ansprache und aktive Sätze statt langer Passivkonstruktionen verdeut-

lichen sofort Maßnahmen und Pflichten. Bilder mit Beispielen einer Guten Praxis und eine einprägsame Symbolik in den einzelnen Abschnitten erleichtern das schnelle Auffinden der richtigen Maßnahme im Arbeitsalltag.

Erarbeitung von Branchenregeln

Erarbeitet werden Branchenregeln in den 15 Fachbereichen und annähernd 100 Sachgebieten der DGUV³. Deren zentrale Aufgabe ist es, eine für alle Unfallversicherungsträger verbindliche, einheitliche und gesicherte Fachmeinung zu Präventionsthemen zu bilden und zu veröffentlichen. In den Fachbereichen arbeiten Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden mit Vertretern von Staat und Ländern sowie Experten des betrieblichen Arbeitsschutzes zusammen.

Im Zuge der Erarbeitung einer Branchenregel evaluieren die Sachgebiete auch das bestehende Vorschriften- und Regelwerk der DGUV. Unfallverhütungsvorschriften, Regeln und Informationen, die nicht mehr dem Stand der Technik, Arbeitsmedizin und Hygiene entsprechen, werden zurückgezogen.

Am 17. März 2016 veröffentlichte der Fachbereich „Rohstoffe und Chemische Industrie“ die erste Branchenregel: DGUV Regel 113-601 „Branche: Gewinnung und Aufbereitung mineralischer Rohstoffe“. Weitere Regeln sind inzwischen erschienen (Abfallsammlung; Abfallbehandlung; Zeitarbeit; Call-Center⁴) oder werden in Kürze veröffentlicht (Rohbau).

Insgesamt hat der Grundsatzausschuss Prävention des Vorstandes der DGUV fast 40 Branchenregelvorhaben genehmigt, u.a. für Schulen, Bürobetriebe, Backbetriebe, Gebäudereinigung und Tiefbau. Das nächste Ziel der Fachbereiche und Sachgebiete der DGUV ist es, die Branchenregeln auch als App für Tablets und Smartphones verfügbar zu machen.

Dr. Sebastian Felz

Abteilung Sicherheit und Gesundheit der DGUV

¹ Leitlinienpapier zur Neuordnung des Vorschriften- und Regelwerks im Arbeitsschutz vom 31.08.2011, www.gda-portal.de/de/VorschriftenRegeln/VorschriftenRegeln.html

² Marcus Hussing, Thomas Kolbinger, Die Branchenregel – ein neues Präventionsinstrument, in: DGUV Forum 3/2012, S. 16–20, www.dguv-forum.de/files/594/12-36-010_DGUV_Forum_3-2012.pdf

³ DGUV Grundsatz 300-001. Fachbereiche und Sachgebiete der DGUV, Mai 2011 – aktualisierte Fassung April 2015, <http://publikationen.dguv.de/dguv/pdf/10002/300-001.pdf>

⁴ Bisher erschienene Branchenregeln (veröffentlicht als DGUV Regeln): <http://publikationen.dguv.de> Suchbegriff: „Branche“

DGUV Sectoral Rules: occupational safety and health at users' fingertips

How can companies ascertain which of the numerous – and in some cases somewhat abstract – OSH rules and measures of the state and of the German Social Accident Insurance Institutions¹ they are required to apply? The new prevention instrument of the Sectoral Rule is the answer to this question². Sectoral Rules compile the requirements and information from the various OSH regulations, and provide companies with a one-stop resource containing all the important information at a glance.

Sectoral Rules are intended to be a clearly structured compendium containing all the essential information relating to occupational safety and health in a particular sector. They reveal specific areas presenting hazards and propose corresponding solutions suitable for implementation in the field. They do not formulate new legislation; rather, they compile obligations from the existing bodies of regulations of the state and the German Social Accident Insurance Institutions, recommendations drawn from the bodies of rules, and non-binding requirements in DIN standards and VDE guidelines. Aspects such as ergonomics, health promotion and accessibility are also to be included. The Sectoral Rules are intended in the first instance for employers in small and medium-sized enterprises. At the same time, they provide support to occupational physicians, OSH professionals and safety delegates.

All Sectoral Rules share a uniform structure

Each Sectoral Rule contains a brief introduction describing its content and targets. Chapter 2 presents the principles of occupational safety and health in concise form, divided into a general and a sector-specific section. The core of each Sectoral Rule is the third chapter. This lists the hazards of all workplaces and tasks in a sector, and presents measures for safety and health at work. Each double page describes a workplace or task. Information boxes, highlighted in colour, draw readers' attention to the key statutory principles and to further information. Finally, the Sectoral Rules include an annex containing, where required, definitions of terms, an index of key terms for certain hazards, workplaces, tasks, working methods and OSH measures, and further useful information.

Sectoral Rules do not cite statutes or standards verbatim. OSH duties deriving from statutory provisions are formulated clearly, concisely and graphically in language appropriate to the readership and with reference to the specific task or workplace. A direct form of address and use of the active mode of speech rather than long, passive constructions provide a clear explanation of measures and obligations. Images showing examples of good practice and easily grasped symbols in the individual sections facilitate swift location of the appropriate measure in day-to-day activity.

Development of Sectoral Rules

Sectoral Rules are drawn up in the 15 expert committees and almost 100 sub-committees of the DGUV³. The core purpose of these committees is to formulate and publish a binding, uniform and validated expert opinion on prevention topics for all accident insurance institutions. In the expert committees, representatives of the employers' and employees' associations work together with representatives of the German federal and regional governments and experts on the safety and health of workers at work.

During development of a Sectoral Rule, the sub-committees also evaluate the DGUV's existing body of rules and regulations. Accident prevention regulations, rules and informative documents that no longer reflect current good practice in technology, occupational medicine and industrial hygiene are withdrawn.

The first Sectoral Rule was published on 17 March 2016 by the Raw Materials and Chemical Industry expert committee: DGUV Rule 113-601, Sector: extraction and processing of mineral raw materials. Since then, further rules have been published (waste collection; waste treatment; temporary employment; call centres⁴) or are scheduled for publication in the near future (building shell construction).

Altogether, the Prevention Principles Committee (GAP) of the DGUV Governing Committee has approved projects for almost 40 Sectoral Rules. The areas governed by these rules include schools, office-based companies, companies in the baking trade, building cleaning, and civil engineering. The next aim of the DGUV's expert committees and sub-committees is to make the Sectoral Rules available in the form of apps for use on tablets and smartphones.

Dr Sebastian Felz



Dr Sebastian Felz

Safety and Health Department
(SiGe) of the DGUV

¹ Guideline paper on the reorganization of occupational safety and health legislation, 31 August 2011, www.gda-portal.de/de/Vorschriften/RegelnVorschriftenRegeln.html (in German)

² Marcus Husing, Thomas Kolbinger, Die Branchenregel – ein neues Präventionsinstrument, in: DGUV Forum 3/2012, pp. 16-20, www.dguv-forum.de/files/594/12-36-010_DGUV_Forum_3-2012.pdf (in German)

³ DGUV Principle 300-001. DGUV expert committees and sub-committees, May 2011 – updated in April 2015, <http://publikationen.dguv.de/dguv/pdf/10002/300-001.pdf> (in German)

⁴ Sectoral Rules published to date (in the form of DGUV Rules, in German):

<http://publikationen.dguv.de>
Search term: "Branche"

Les règles sectorielles de la DGUV : la SST en un coup d'œil

Face aux nombreuses réglementations et mesures de prévention parfois plutôt abstraites, qu'elles émanent de l'État ou de l'assurance légale accidents¹, comment les entreprises peuvent-elles savoir lesquelles elles doivent appliquer ? En Allemagne, un nouvel instrument de prévention leur facilite la tâche : la règle sectorielle². Regroupant les exigences et informations provenant des diverses réglementations sur la SST, elle offre aux entreprises une information complète et condensée.

Les règles sectorielles sont conçues sous forme de condensé clairement structuré contenant toutes les informations importantes sur la SST pour une branche donnée. Mettant en évidence des situations à risques spécifiques, elles proposent des solutions adaptées à la pratique. Elles ne constituent pas une nouvelle législation, mais récapitulent les obligations contraignantes contenues dans les règles et règlements de l'État et de l'assurance légale accidents, des recommandations issues de ces textes, ainsi que des exigences non contraignantes issues de normes DIN ou de directives du VDE. Elles prennent en compte également des aspects concernant l'ergonomie, la promotion de la santé ou l'accessibilité. S'adressant en premier lieu aux responsables de PME, les règles sectorielles peuvent également s'avérer utiles pour les médecins d'entreprise, le personnel spécialisé en matière de SST et les délégués à la sécurité.

Une structure identique pour toutes les règles sectorielles

Dans chaque règle sectorielle, une courte introduction présente le contenu et l'objectif de la règle. Le chapitre 2 rappelle brièvement les « Règles fondamentales de la SST ». Il comporte une partie générale et une partie spécifique à la branche en question. C'est le troisième chapitre qui constitue le cœur même de chaque Règle sectorielle. On y trouve tous les risques liés à tous les postes de travail et à toutes les activités de la branche, ainsi que les mesures à prendre pour assurer la sécurité et la santé au travail. Chaque double page décrit un poste de travail ou une activité. Des encadrés de couleur contiennent les principales bases juridiques ainsi que des informations supplémentaires. Les règles sectorielles sont complétées par une annexe qui, selon les besoins, contient des définitions, un index de certains risques, des postes de travail, des activités et des méthodes de travail, ainsi que des mesures de prévention et d'autres informations utiles.

Les règles sectorielles ne contiennent aucune citation littérale de textes juridiques ou de normes. Les obligations en matière de SST provenant de ces textes sont présentées de manière parlante, à partir de l'activité concrète ou du poste de travail, dans un langage clair et concis adapté au lecteur auquel elles s'adressent. Un style direct et des phrases construites à la forme

active plutôt que de longues constructions au passif illustrent immédiatement les mesures et les obligations. Dans chaque section, des illustrations représentant des exemples de bonne pratique, ainsi que des pictogrammes faciles à retenir permettent de trouver rapidement, dans le travail au quotidien, la mesure adéquate.

L'élaboration des règles sectorielles

Les règles sectorielles sont rédigées dans les 15 commissions sectorielles et les quelque 100 sous-sections spécialisées de la DGUV³. Leur tâche consiste essentiellement à former et à publier, à propos des questions relatives à la prévention, un avis professionnel unique et validé, valable pour tous les organismes d'assurance accidents. Au sein des commissions sectorielles, des représentants de fédérations d'employeurs et d'employés travaillent avec des représentants de l'État et des Länder, et avec des spécialistes de l'organisation de la prévention en entreprise.

Lors de la rédaction d'une règle sectorielle, les sous-sections spécialisées examinent aussi l'ensemble des textes réglementaires existants de la DGUV. Les règlements de prévention des accidents du travail, les règles et les informations qui ne correspondent plus à l'état de la technique, de la médecine du travail et de l'hygiène sont retirés.

Le 17 mars 2016, la commission sectorielle « Matières premières et industrie chimique » a publié la première règle sectorielle : la règle 113-601 de la DGUV intitulée « Branche : extraction et traitement de matières premières minérales ». D'autres règles sont parues entre-temps (Collecte des déchets ; Traitement des déchets ; Travail intérimaire ; Centres d'appel)⁴, ou vont être publiées prochainement (Gros œuvre).

Le comité d'orientation Prévention du bureau de la DGUV a, au total, donné son aval pour près d'une quarantaine de projets de règles sectorielles, concernant notamment les écoles, les bureaux, les boulangeries, le nettoyage des bâtiments ou le génie civil. Le prochain objectif des commissions sectorielles et des sous-sections spécialisées de la DGUV sera de mettre les règles sectorielles à disposition des usagers également sous forme d'app pour tablettes et smartphones.

Dr Sebastian Felz

Département Sécurité et santé de la DGUV

¹ Document d'orientation sur la restructuration des réglementations relatives à la prévention du 31 août 2011, www.gda-portal.de/de/Vorschriften-Regeln/VorschriftenRegeln.html (en allemand)

² Marcus Hussing, Thomas Kolbinger, Die Branchenregel – ein neues Präventionsinstrument, dans : DGUV Forum 3/2012, p. 16–20, www.dguforum.de/files/594/12-36-010_DGUV_Forum_3-2012.pdf (en allemand)

³ Document de principe de la DGUV 300-001. Commissions sectorielles et sous-sections spécialisées de la DGUV, mai 2011 – version actualisée en avril 2015, <http://publikationen.dguf.de/dguf/pdf/10002/300-001.pdf> (en allemand)

⁴ Règles sectorielles déjà disponibles (publiées comme Règles de la DGUV, en allemand) : <http://publikationen.dguf.de>
Mot de recherche: "Branche"



CEN-Fokusgruppe Gesundheitsdienstleistungen

Im November 2016 fand die erste Sitzung der neu eingerichteten CEN-Fokusgruppe zu Gesundheitsdienstleistungen (Healthcare Services Focus Group) statt. Die Fokusgruppe ist direkt unterhalb des Technischen Lenkungsgremiums von CEN (CEN/BT) angesiedelt. Sie setzt sich aus Vertretern der interessierten Kreise zusammen und soll dem CEN/BT bei der Einschätzung helfen, ob und wenn ja, wie Europäische Normen die Qualität, Effizienz und Sicherheit von Gesundheitsdienstleistungen unterstützen können. Sie erarbeitet selbst keine Normen. Das Sekretariat liegt beim Österreichischen Normungsinstitut (ASI).

Hintergrund für die Einrichtung der Gruppe war, dass die Normung verstärkter Themen aus dem Bereich der Gesundheitsdienstleistungen aufgreift. Die Positionen der verschiedenen Länder und interessierten Kreise zur Normung von Gesundheitsdienstleistungen sind sehr verschieden. Befürworter argumentieren mit der steigenden Reisetätigkeit von Patienten und auch Ärzten. Ein Problem ist jedoch, dass eine europaweite Harmonisierung über die Mindestanforderungen zur Organisation des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung hinaus – wie auch im Bereich des betrieblichen Arbeitsschutzes – nicht vorgesehen ist (Art. 168 Abs. 7 AEUV). Da sich die Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedstaaten über Jahre unabhängig voneinander entwickelt haben, stünden europäisch einheitliche Normen schnell im Konflikt mit schon bestehenden nationalen Vorschriften und Regeln.

ISO 45001: Stand der Dinge

Die Internationale Norm ISO 45001 „Arbeitsschutzmanagementsysteme - Anforderungen mit Leitlinien zur Anwendung“ wird voraussichtlich nicht vor Frühjahr 2018 erscheinen. Zum ersten Normentwurf, der im Dezember 2015 veröffentlicht worden war,

gingen beim zuständigen ISO-Projektcommittee 283 über 3000 Stellungnahmen ein. Da der Entwurf nicht die notwendige Zustimmung von mehr als 75 % erhielt, wurde beschlossen, einen zweiten Normentwurf zu erarbeiten. Dieser wurde in einer Sitzung in Wien im Februar nach Beratung der restlichen Kommentare erarbeitet und soll im Frühsommer 2017 in die internationale Abstimmung gehen. Mit einem Schlusssentwurf (FDIS) ist frühestens gegen Ende des Jahres zu rechnen.

Von deutscher Seite werden die Arbeiten vom Arbeitsausschuss „Arbeitsschutzmanagementsysteme“ im DIN-Normenausschuss Organisationsprozesse (NAOrg) begleitet. Es ist beabsichtigt, die ISO 45001 als nationale Norm (DIN ISO) zu veröffentlichen.

Integration der ISO 26000 in Managementsysteme

Das technische Lenkungsgremium der ISO hat ein Projekt zur Erarbeitung eines International Workshop Agreements (IWA) zur Integration der ISO 26000 „Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung“ in bestehende Managementsysteme angenommen. Das IWA soll es Unternehmen und Organisationen ermöglichen, den Leitfaden ISO 26000 in ihre bestehenden Managementsysteme zu integrieren. Gleichzeitig soll es bei Anwendern von Managementsystemen für die ISO 26000 werben und im Gegenzug bei Anwendern der ISO 26000 die Nutzung von Managementsystemen fördern. Das schwedische Normungsinstitut SIS koordiniert die Arbeiten.

EU-Splitter



Arbeitsprogramm der Kommission für die Normung 2017

Die Kommission nennt in ihrem jährlichen Arbeitsprogramm für die Normung als Schwerpunkte die Informations- und Kom-

munikationstechnik, Dienstleistungen und plant zudem eine Reihe neuer Mandate, z.B. im Bereich des vernetzten digitalen Binnenmarktes. Zur Förderung des Binnenmarktes sind unter anderem Aktivitäten zu Bauprodukten und zur Interoperabilität der Eisenbahnsysteme geplant.

<http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/16826?locale=de>

Arbeitsschutz-Aktionsplan

Die Europäische Kommission plant, die EU-Arbeitsschutzgesetzgebung zu modernisieren. Der im Januar 2017 veröffentlichte Aktionsplan nennt als Prioritäten die Vorbeugung berufsbedingter Krebserkrankungen, Unterstützung für KMU bei der Erfüllung der Arbeitsschutzgesetze sowie die Überarbeitung oder Zurückziehung überholter Maßnahmen in einer Reihe von Arbeitsschutz-Einzelrichtlinien.

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2017/DE/COM-2017-12-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>

Internet

Arbeitsprogramm von CEN und CENELEC 2017

www.cencenelec.eu/news/publications/Publications/CEN-CENELEC-WP2017_EN.pdf

ISO: Online Browsing Platform (OBP)

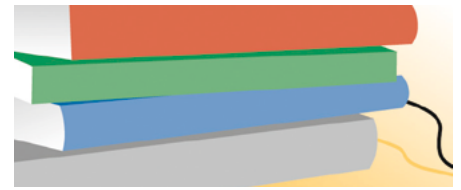
Die mehrsprachige Datenbank bietet diverse Suchmöglichkeiten nach Normnummer, Stichworten, Definitionen und Grafiken in ISO-Normen. Das Inhaltsverzeichnis sowie die Einleitung, der Anwendungsbereich und die in der Norm enthaltenen Definitionen werden im Volltext angezeigt.

www.iso.org/obp/ui/#home

Vademecum zur europäischen Normung

Das Vademecum der Europäischen Kommission enthält Grundlagendokumente zur Europäischen Normungspolitik und ihrer Umsetzung. Es ist als Handbuch für Kommissionsbedienstete, Mitgliedstaaten und interessierte Kreise gedacht.

https://ec.europa.eu/growth/single-market/european-standards/vademecum_en



CEN Healthcare Services Focus Group

The new CEN Healthcare Services Focus Group held its first meeting in November 2016. The focus group reports directly to the CEN Technical Board (CEN/BT), and is made up of representatives of the stakeholders. The focus group's purpose is to assist CEN/BT in assessing whether and if so how European standards can enhance the quality, efficiency and safety of healthcare services. It does not develop standards itself. The secretariat is held by the Austrian Standards Institute (ASI).

The impetus for the group's creation was that standardization is increasingly addressing topics in the area of healthcare services. The various countries and stakeholders hold strongly divergent views regarding the standardization of these services. Those in favour point to the increasing numbers of patients travelling for treatment, and also the growing numbers of doctors working abroad. One problem is however that, as in the area of the safety and health of workers at work, European harmonization arrangements do not extend beyond the minimum requirements for organization of healthcare systems and medical care (Article 168 (7) of the TFEU). Since the healthcare systems of the EU Member States have developed independently of each other over decades, harmonized European standards would be predestined to conflict with existing national rules and regulations.

ISO 45001: state of play

The international ISO 45001 standard, Occupational health and safety management systems – Requirements with guidance for use, is now unlikely to appear before the spring of 2018. Over 3,000 comments were received by the responsible committee (ISO Project Committee 283) on the first draft standard, which was published in December 2015. Since the draft did not receive the necessary approval of over 75%, it was decided to draw up a second draft of the

standard. This was developed in a meeting in Vienna in February following discussion of the remaining comments, and is to be submitted to the international voting process in the early summer of 2017. A Final Draft International Standard (FDIS) is not anticipated before the end of the year.

Germany is involved in the work through the Occupational health and safety management systems national committee in the DIN Standards Committee for Organizational Processes (NAOrg). The intention is for ISO 45001 to be published in the form of a national standard (DIN ISO).

Integration of ISO 26000 into management systems

ISO's Technical Board has adopted a project for development of an International Workshop Agreement (IWA) for integration of ISO 26000, Guidance on social responsibility, into existing management systems. The IWA is intended to enable companies and organizations to integrate the ISO 26000 guide into their existing management systems. At the same time, the IWA will promote ISO 26000 among users of management systems and in turn the use of management systems among users of ISO 26000. The work is being coordinated by the SIS, the Swedish standards institute.

EU news flash



Standardization work programme of the European Commission for 2017

In its annual work programme for standardization, the European Commission defines information and communications technology and services as key areas, and is also planning a series of new mandates, for example within the scope of the Digital Single Market Strategy. The measures planned for promotion of the Single Market include activities concerning construction products and interoperability of railway systems.

<http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/16826>

Occupational safety and health action plan

The European Commission is planning to modernize EU occupational safety and health legislation. The action plan published in January 2017 states as its priorities the prevention of work-related cancer, support for SMEs in complying with the OSH legislation, and the revision or withdrawal of outdated measures in a number of individual OSH directives.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=16874&langId=en>

Internet

CEN and CENELEC work programme for 2017

www.cenelec.eu/news/publications/Publications/CEN-CENELEC-WP2017_EN.pdf

ISO: Online Browsing Platform (OBP)

This multilingual database provides a range of options for searching by the number of the standard, key words, definitions and images in ISO standards. The full text is displayed of the table of contents, introduction, scope and definitions contained in the standard.

www.iso.org/obp/ui/#home

Vademecum on European standardization

The Vademecum of the European Commission is a compilation of key documents dealing with European standardization policy and its implementation. It is intended as a manual for Commission staff, the Member States and stakeholders.

https://ec.europa.eu/growth/single-market/european-standards/vademecum_en

Groupe de réflexion du CEN sur les services de santé

En novembre 2016, le nouveau groupe de réflexion du CEN sur les services de santé (Healthcare Services Focus Group) s'est réuni pour la première fois. Ce groupe est directement subordonné au Bureau technique du CEN (CEN/BT). Composé de représentants des cercles intéressés, il a pour mission d'aider le CEN/BT à juger si – et si oui, comment – les normes européennes peuvent favoriser la qualité, l'efficacité et la sécurité des services de santé. Il n'élabore pas lui-même de normes. Le secrétariat a été confié à l'Institut autrichien de normalisation (ASI).

La création du groupe a été motivée par le fait que la normalisation se saisit de plus en plus souvent de questions concernant les services de santé. Or, les positions divergent fortement d'un pays et d'un cercle intéressé à l'autre. Les partisans avancent que les patients se font soigner – mais aussi que les médecins pratiquent – de plus en plus souvent à l'étranger. Un problème est toutefois le fait que – comme c'est le cas pour l'organisation de la prévention en entreprise – il n'est pas prévu d'harmoniser au niveau européen l'organisation des services de santé et des soins médicaux au-delà des exigences minimum (Art. 168 point 7 du TFUE). Les systèmes de santé ayant, au cours des années, évolué différemment dans chaque pays de l'UE, des normes européennes uniformes risqueraient vite d'être en conflit avec des réglementations nationales déjà existantes.

Le point sur l'ISO 45001

La norme internationale ISO 45001 « Systèmes de management de la santé et de la sécurité au travail – Exigences avec directives d'utilisation » ne paraîtra probablement pas avant le printemps 2018. Publié en décembre 2015, le premier projet de la norme avait fait l'objet de plus de 3000 commentaires adressés au comité PC 283 de l'ISO, en charge du projet. Le pro-

jet n'ayant pas obtenu l'approbation nécessaire de plus de 75 %, il a été décidé d'élaborer un deuxième projet de la norme. Rédigé en février lors d'une réunion qui s'est tenue à Vienne, après examen des commentaires restants, ce projet doit être soumis au vote au début de l'été 2017. Le projet final (FDIS) ne sera pas disponible avant la fin de l'année.

Côté allemand, les travaux sont suivis par le comité de normalisation « Systèmes de management de la santé et de la sécurité au travail » au sein du comité de normalisation du DIN « Processus organisationnels » (NAOrg). Il est prévu de publier l'ISO 45001 en tant que norme nationale (DIN ISO).

Intégration de l'ISO 26000 dans les systèmes de management

Le Bureau de gestion technique de l'ISO a adopté un projet concernant l'élaboration d'un Accord d'atelier international (IWA) sur l'intégration de l'ISO 26000 « Lignes directrices relatives à la responsabilité sociétale » dans des systèmes de management existants. Cet IWA doit permettre aux entreprises et organisations d'intégrer les lignes directrices ISO 26000 dans leurs systèmes de management actuels. Il vise en même temps à promouvoir l'ISO 26000 auprès des utilisateurs de systèmes de management et, inversement, à encourager l'utilisation des systèmes de management auprès des utilisateurs de l'ISO 26000. L'Institut suédois de normalisation SIS coordonne les travaux.

Brèves de l'UE



Programme de travail de la Commission en matière de normalisation pour 2017

Dans son programme de travail annuel en matière de normalisation, la Commission définit comme priorités les techniques de l'information et de la communication, et les services. Elle prévoit en outre plusieurs nou-

veaux mandats, p. ex. dans le domaine du marché intérieur numérique interconnecté. Des activités sont prévues pour promouvoir le marché intérieur, notamment dans le domaine des produits de construction et de l'interopérabilité des systèmes ferroviaires.

<http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/16826?locale=fr>

Un plan d'action en matière de SST

La Commission européenne prévoit de moderniser la législation de l'UE en matière de SST. Publié en janvier 2017, le plan d'action définit plusieurs priorités : lutter contre les cancers d'origine professionnelle, aider les PME à se conformer aux règles de SST, et actualiser ou supprimer les règles dépassées dans plusieurs directives relatives à la SST.

<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/11/2017/FR/COM-2017-12-F1-FR-MAIN-PART-1.PDF>

Internet

Programme de travail du CEN et du CENELEC pour 2017

www.cencenelec.eu/news/publications/Publications/CEN-CENELEC-WP2017_EN.pdf

ISO : Online Browsing Platform (OBP)

Cette base de données en plusieurs langues offre différentes possibilités d'effectuer des recherches dans les normes ISO, à partir du numéro de la norme, de mots-clés, de définitions et de graphiques. Le sommaire, l'avant-propos, le domaine d'application et les définitions contenues dans la norme apparaissent dans leur texte intégral.





www.iso.org/obp/ui/fr/#home

Vade-mecum sur la normalisation européenne

Le vade-mecum de la Commission européenne contient des documents de base sur la politique européenne de normalisation et sa mise en œuvre. Ce guide s'adresse aux officiels de la Commission, aux États-membres et aux cercles intéressés.

https://ec.europa.eu/growth/single-market/european-standards/vademecum_fr

TERMINE EVENTS / AGENDA

Info	Thema / Subject / Thème	Kontakt / Contact
05.-07.04.17 Dresden	Seminar Sicheres Arbeiten mit Nanomaterialien	Institut für Arbeit und Gesundheit der DGUV (IAG) Tel.: +49 351 457-1918 http://nano.dguv.de
03.-04.05.17 Berlin	Fachveranstaltung Vom Problem zur Lösung	BG BAU / IFA Tel.: +49 221 9673-172 www.dguv.de/ifa/veranstaltungen/vom-problem-zur-loesung
03.-04.05.17 Copenhagen (DK)	Conference Functional Safety Conference 2017: Understanding risk – your responsibility	Global Functional Safety Tel.: +45 20 80 45 90 http://fscph.com
05.04.17 Dresden	Informationsveranstaltung Datenbrillen – Arbeitshilfen der Zukunft	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BauA) Tel.: +49 351 56395464 www.baua.de  Datenbrillen Zukunft
10.-05.17 Berlin	Seminar In CEN und ISO aktiv mitwirken	DIN-Akademie Tel.: +49 30 2601 2518 www.beuth.de/de/seminar/s-540/228219948
10.-13.05.17 Dresden	Seminar Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit in anderen Ländern: Standards für eine globalisierte Welt	Institut für Arbeit und Gesundheit der DGUV (IAG) Tel.: +49 351 457 1918 http://app.ehrportal.eu/dguv  Seminar-Nr. 700122
11.05.17 Altdorf (Nürnberg)	Seminar Produkthaftung und Produktsicherheit	Technische Akademie Wuppertal Tel.: +49 9187 931 211 www.taw.de/konstruktion/produkthaftung-produktsicherheit
29.05.-02.06.17 Bernau am Chiemsee	Seminar für Betriebsräte Ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen	DGB Bildungswerk Tel.: +49 211 4301-318 www.betriebsratsqualifizierung.de/seminar/317473072
19.-21.06.17 Gothenburg (S)	Conference 6th International Conference on Whole Body Vibration Injuries	International Commission on Occupational Health / Gothenburg University Tel.: +46 31 786 63 04 http://medicine.gu.se/english  vibration conference
20.-22.06.17 Paris (F)	Salon Préventica	INRS, CRAMIF, Assurance maladie etc. www.preventica.com
09.-14.07.17 Vancouver (CAN)	Conference International Conference on Human-Computer Interaction	HCI International E-Mail: administration@hci2017.org http://2017.hci.international
10.-12.07.17 Dortmund	Seminar Rechtsfragen des Arbeitsschutzes – Arbeitsschutzrechtliche Pflichten und Rechtsfolgen ihrer Nichtbeachtung	Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BauA) Tel.: +49 2361 900161 www.baua.de  Rechtsfragen

BESTELLUNG / ORDERING / COMMANDE

KAN-PUBLIKATIONEN: www.kan.de → Publikationen → Bestellservice (kostenfrei) / **KAN PUBLICATIONS:** www.kan.de/en → Publications → Order here (free of charge) / **PUBLICATIONS DE LA KAN :** www.kan.de/fr → Publications → Bon de commande (gratuit)

IMPRESSUM



Verein zur
Förderung der
Arbeitssicherheit
in Europa

Herausgeber / publisher / éditeur: Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa e.V. (VFA)

mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales / with the financial support of the German Ministry of Labour and Social Affairs / avec le soutien financier du Ministère allemand du Travail et des Affaires sociales.

Redaktion / editorial team / rédaction: Kommission Arbeitsschutz und Normung, Geschäftsstelle: Sonja Miesner, Michael Robert

Schriftleitung / responsible / responsable: Dr. Dirk Watermann, Alte Heerstr. 111, D – 53757 Sankt Augustin

Übersetzung / translation / traduction: Odile Brogden, Marc Prior

Abbildungen / photos: S. 1: © white/Fotolia.com – fotomek/Fotolia.com – martialred/Fotolia.com, S. 3: © www.miriamdoerr.com/Fotolia.com, S. 4: BSI, S. 5: © white/Fotolia.com, S. 9-11: Michael Hüter, S. 13: © zffoto/Fotolia.com, S. 14: © Melinda Nagy/Fotolia.com, S. 16: © E. Bednarek/Fotolia.com, S. 18: DGUV, ; ohne Angaben: KAN/privat / without credits: KAN/private / sans référence: KAN/privées

Publikation: vierteljährlich unentgeltlich / published quarterly free of charge / parution trimestrielle gratuite

Tel.: +49 2241 231 3463 **Fax:** +49 2241 231 3464 **Internet:** www.kan.de **E-Mail:** info@kan.de